



Wortprotokoll

der 63. Sitzung vom 27. Februar 1968

Resoconto integrale

della seduta n. 63 del 27 febbraio 1968

V. Legislatur
V legislatura
1964 - 1968

CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO

LANDTAG BOZEN

V^a LEGISLATURA
V. GESETZGEBUNGSPERIODE

SEDUTA 63. SITZUNG

27 - 2 - 1968

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale n. 63/67: «Ulteriori disposizioni per favorire l'acquisto di aree fabbricabili per l'edilizia economica e popolare» pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 65/67: «Fondo per interventi di emergenza nel settore dell'edilizia economica e popolare» pag. 28

Landesgesetzentwurf Nr. 63/67: "Weitere Bestimmungen um den Erwerb von Baugründen für den Volkswohnbau zu begünstigen" Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 65/67: "Fonds für Notstandshilfen auf dem Gebiete des Volkswohnbaues" Seite 28

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. Silvio Nicolodi

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.45 UHR

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

BERNHART (Sekretär - S.V.P.): Namensaufruf - Appello nominale).

AGOSTINI (Segretario - P.L.I.): (Lettura del processo verbale - Verlesung des Sitzungsprotokolls).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Consigliere Agostini.

AGOSTINI (Segretario - P.L.I.): Chiedo che in sede di processo verbale vengano indicati tutti gli emendamenti non nel loro testo, ma nella loro votazione.

PRESIDENTE: Metto in votazione la richiesta del consigliere Agostini, di indicare nel processo verbale gli emendamenti con gli esiti delle votazioni: approvata.

Metto in votazione il processo verbale con la rettifica di cui sopra: approvato all'unanimità.

Comunicazioni: il Presidente della Giunta regionale mi ha fatto pervenire un telegramma del Presidente del Consiglio dei Ministri, on. Aldo Moro: «*Nell'assicurare mia ideale partecipazione at cerimonia 20.mo anniversario della promulgazione della legge costituzionale contenente statuto speciale per Trentino-Alto Adige e nel confermare impegno del Governo per giuste soluzioni problemi quelle comunità, desidero far pervenire a Lei e Giunta regionale, at Presidenti e Giunte provinciali di Trento e di Bolzano, at Presidenti e componenti Consigli legislativi autonomi espressione mio vivo compiacimento per meritoria attività svolta tra particolari difficoltà con tanta appassionata dedizione nell'interesse laboriose popolazioni tutte del Trentino-Alto Adige mio fervido voto augurale est rivolto per sempre maggiori progressi pacificazione secondo nostre comuni aspirazioni - Aldo Moro.*»

Passiamo al 2) punto dell'ordine del giorno: «Disegno di legge provinciale n. 63/67: «**Ulteriori**

disposizioni per favorire l'acquisto di aree fabbricabili per l'edilizia economica e popolare».

Punkt 2 der Tagesordnung: "*Landesgesetzentwurf Nr. 63/67: "Weitere Bestimmungen um den Erwerb von Baugründen für den Volkswohnbau zu begünstigen".*

Relazione della Giunta provinciale.

Mit Landesgesetz 22. August 1967, Nr. 14, betreffend finanzielle Maßnahmen für das Rechnungsjahr 1967 und zweite Abänderung zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967, ist der Betrag von Lire 250 Millionen zwecks Errichtung eines Rotationsfonds für den Erwerb von Baugründen für den Volkswohnbau im Sinne des Landesgesetzes 21. Oktober 1963, Nr. 14, bereitgestellt worden. Der beiliegende Gesetzesentwurf enthält die erforderlichen Bestimmungen über die Gewährung der Darlehen aus dem besagten Rotationsfonds. Er enthält überdies verschiedene Abänderungs- und Ergänzungsbestimmungen zur bestehenden Rechtsordnung auf dem Gebiete der Urbanistik, unter besonderer Berücksichtigung der Zonenpläne für den Volkswohnbau.

Über den Stand der Durchführung des bekannten Staatsgesetzes Nr. 167 vom 18. April 1962 (dessen Grundsätze mit Landesgesetz 21. Oktober 1963, Nr. 14, übernommen worden sind) ist eine umfassende Erhebung seitens der Parlamentskommission für Öffentliche Arbeiten, anhand eines von der zuständigen Generaldirektion für Urbanistik verfaßten Berichtes im Gange. Mit dem Gesetz haben sich, wie bekannt, sowohl der Verfassungsgewichtshof als auch der Staatsrat beschäftigt, und auf Grund ihrer Entscheidungen mußten bereits die ersten Abänderungen vorgenommen werden, während weitere bald zu erwarten sind. Die Probleme des 167er-Gesetzes bildeten Gegenstand eingehender Erörterungen auf allen städtebaulichen Kongressen der letzten Jahre und so sollen zunächst die hauptsächlichsten Gründe dargelegt werden, welche die Wirksamkeit dieses Gesetzes verzögert haben und noch immer verzögern, um daraus nützliche Hinweise — sowohl auf der Ebene der Gesetzgebung als der Verwaltungstätigkeit — für eine bessere Wirkungsmöglichkeit unseres Landesgesetzes abzuleiten.

Wesentlicher Zweck des 167er- beziehungsweise des Landesgesetzes Nr. 14 ist es, auch im Wege der Enteignung, baureife Grundstücke zu niedrigen und jedenfalls nicht-spekulativen Preisen sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen sozialen Wohnungsbau sicherzustellen, und zu gewährleisten, daß diese Bautätigkeit sich nicht episodisch, sondern nach klaren städtebaulichen Programmen abwickelt.

Obwohl das staatliche System die Einführung des Zonenplanes für 114 Gemeinden mit insgesamt 19 Millionen Einwohnern zur Pflicht macht, hat bis heute, fünf Jahre nach dem Erlaß des Gesetzes, keine einzige Abtretung von erschlossenen oder nicht erschlossenen Grundstücken an private Bauunternehmer stattgefunden; die Körperschaften haben vorwiegend außerhalb der Wohnbauzonen gebaut und die Eigentümer konnten, von seltenen Ausnahmen abgesehen, auf ihren eigenen Grundstücken keine Bauten errichten.

Welches sind nun die hauptsächlichsten Gründe, die ein "Funktionieren" des 167er-Gesetzes verhindert haben? Unter den in dem genannten Ministerialbericht hervorgehobenen und den von anderen Technikern und Sachverständigen aufgezeigten Gründen, seien genannt:

1. Die nicht klare Formulierung einiger Gesetzesbestimmungen, welche den Erlaß von ministeriellen Auslegungsgrundschreiben notwendig machten, deren Anwendung Gegenstand von Anfechtungen beim Staatsrat war (siehe die Frage der Ausdehnung der Zonenpläne im folgenden Punkt 5).
2. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, auf Grund dessen einige Bestimmungen des Gesetzes abgeändert werden mußten, insbesondere hinsichtlich der Festsetzung der Enteignungsentschädigung (Staatsgesetz 21. Juli 1965, Nr. 904 bzw. Regionalgesetz 17. Februar 1966, Nr. 5).
3. Die Unerfahrenheit der Gemeindeverwaltungen bei der Durchführung der ihnen vom Gesetz übertragenen Aufgaben. Diese müssen nämlich außer der Erstellung der Zonenpläne eine unternehmerische Tätigkeit ausüben, welche den Erwerb und den Wiederverkauf der Grundstücke, nach Erstellung der Erschließungsanlagen, und die Aufstellung von Wirtschaftsprogrammen über die Nutzung der zur Zone gehörenden Grundstücke umfaßt.
4. Die technisch-administrativen Mängel der Gemeinden in bezug auf die Ausarbeitung der Pläne, die, weil sie Durchführungsplänen gleichzusetzen sind, zu ihrer Wirksamkeit wirtschaft-

liche Kostenvoranschläge über die zur Verwirklichung der Pläne unerläßlichen Erschließungsanlagen beinhalten müssen. Tatsächlich muß ein Mangel an qualifizierten Technikern für die Erstellung der Zonenpläne festgestellt werden, zu dem die allgemeine praktische Unerfahrenheit der Projektanten auf diesem neuen Gebiet hinzukommt.

5. Die Unsicherheit über die Ausdehnung der Pläne, bedingt durch das Fehlen einer klaren Gesetzesbestimmung, wodurch die Gemeinden bei der Aufstellung der Pläne sehr unterschiedliche Kriterien anwandten. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat in den erlassenen Weisungen über die Anwendung des 167er-Gesetzes auf Grund einer weiten Auslegung des Begriffes des "wirtschaftlichen" Wohnungsbaues (*edilizia economica*) — als solchen nämlich jeden Wohnungsbau zu betrachten, der nicht unter den Volks- oder Luxuswohnbau fällt — angeordnet, daß der Bedarf für den wirtschaftlichen und Volkswohnbau nicht unter 50% des voraussichtlichen Gesamtwohnungsbedarfes in den nächsten 10 Jahren zu berechnen sei. Entgegen dieser ministeriellen Auslegung hat sich der Staatsrat in seiner Entscheidung über den Zonenplan von Ferrara (welcher 85% des geplanten Gesamtbedarfes in den Zonenplan einschloß) eine enge Auslegung des Begriffes "wirtschaftlicher" Wohnungsbau (*edilizia economica*) zu eigen gemacht, indem er feststellte, daß "zwischen der großen Kategorie des wirtschaftlichen und Volkswohnbaues und der ganz bescheidenen der Luxuswohnungen ein weites Feld von normalen Wohnhäusern besteht, deren Bau der Gesetzgeber der Privatinitiative überlassen hat".

Infolge dieser Entscheidung wird der Gesetzgeber endgültig die Richtlinien für die Festlegung des Bedarfes zu klären haben, der den Zonenplänen zugrundezulegen ist.

6. Die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden bei der Durchführung der Pläne. Die Gemeinden müssen nämlich nicht nur über die Mittel für den Erwerb der Grundstücke und ihre Erschließung verfügen — was bedeutet, daß die Zonen eine höhere Ausstattung an öffentlichen Diensten und Gemeinschaftseinrichtungen erfordern, als dies in der Vergangenheit normalerweise der Fall war —, sondern sie müssen auch öffentliche Grünflächen und sonstige freie Plätze bereitstellen, was zur Folge hat, daß ein erheblicher Prozentsatz der erworbenen Grundstücke nichtwiederverkauft werden kann und daher die Passivseite der Opera-

tion belastet. Das bedeutendste Problem bei der Durchführung der Pläne besteht zweifelsohne darin, die Gemeinden finanziell in die Lage zu versetzen, die Grundstücke zu erwerben und zu erschließen.

7. Die in der Vergangenheit selten wahrgenommene Notwendigkeit, vor allem in der Phase der Ausführung, einer Koordinierung der verschiedenen Vorhaben, um eine organische und vollständige Errichtung der Siedlungen und der dazugehörigen Ausstattung zu gewährleisten. Das Haupthindernis für die praktische Anwendung des mit diesem Gesetz eingeführten Systems muß also darin gesehen werden, daß die Gemeinden nicht über die nötigen technischen und finanziellen Voraussetzungen zur Erfüllung der ihnen vom Gesetz übertragenen Aufgaben verfügen. Daraus ergibt sich für den Gesetzgeber die Notwendigkeit, zweckdienliche Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die auf nationaler Ebene erkannten Unzulänglichkeiten zu überwinden, insbesondere in der ersten Phase der Durchführung des Gesetzes.

Die zu diesem Zwecke vorgeschlagenen Bestimmungen betreffen im wesentlichen fünf grundsätzliche Aspekte des Problems.

1. - Die Erstellung und Genehmigung der Zonenpläne (Art. 4 und 9).

a) In Bebauungsplänen

Die geltende Landesordnung sieht vor, daß bei der Erstellung oder Änderung des Bebauungsplanes dem Volkswohnbau vorbehaltene Zonen festgesetzt werden können, für die, nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes, die entsprechenden Durchführungspläne erstellt werden müssen, für deren Genehmigung das schon für den Bebauungsplan anberaumte Verfahren wiederholt werden muß, auch wenn die entsprechenden Fristen auf die Hälfte reduziert sind (Art. 18 des Landesgesetzes 29. Dezember 1966, Nr. 14). Nachdem jedoch die Einwendungen gegen einen Zonenplan im wesentlichen nur die spezifische Bindung betreffen können, Bindung, die bereits mit der Annahme des Bebauungsplanes wirksam wird, sieht der Gesetzesentwurf vor, daß künftighin für alle Volkswohnbauzonen die diesbezüglichen Zonenpläne bereits bei der Erstellung oder Änderung des Bebauungsplanes mit einbezogen werden müssen.

Durch dieses Verfahren, das dazu bestimmt ist, die Erstellung der Zonenpläne zu beschleunigen und zu vereinfachen, sollen die

Gemeinden, sobald der Bebauungsplan in Kraft tritt, über die notwendige Handhabe zur Durchführung der Zonenpläne selbst verfügen können. Das neue Verfahren ist für alle Bebauungspläne vorgesehen, welche von den Gemeinden nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beschlossen werden.

Für jene Zonenpläne hingegen, die sich auf bereits ausgewiesene Zonen für den Volkswohnbau in Bebauungsplänen oder entsprechenden Änderungen beziehen, die zum vorgenannten Zeitpunkt bereits rechtswirksam oder vom Gemeinderat beschlossen worden sind, finden hinsichtlich des Verfahrens für die Erstellung und Genehmigung, die für die Genehmigung der Bauprogramme geltenden Bestimmungen Anwendung (Art. 31, dritter Absatz der Landesbauordnung). Folgerichtig sieht daher der Art. 9 des Gesetzesentwurfes die Aufhebung des obgenannten Art. 18 des Landesgesetzes 29. Dezember 1966, Nr. 14, vor, der sich auf das bisher gültige Verfahren bezog.

b) In Bauprogrammen

Die Einbeziehung eines Zonenplanes in ein Bauprogramm hat nach der geltenden Rechtsordnung zur Folge, daß dessen Genehmigung dem für die Durchführungspläne vorgesehenen Genehmigungsverfahren unterliegt, d.h. einem viel längeren und komplizierteren gegenüber dem von der geltenden Bauordnung vorgesehenen Normalverfahren.

Der Gesetzesentwurf sieht daher, immer zum Zwecke einer Beschleunigung und Vereinfachung der Prozeduren, die Wiederherstellung des geltenden normalen Verfahrens für die Genehmigung der Bauprogramme vor, auch wenn diese einen Zonenplan beinhalten.

2. - Der Inhalt der Zonenpläne (Art. 4).

Das neue Verfahren für die Erstellung der Pläne erfordert besondere Bestimmungen über den Inhalt und die Bestandteile der Zonenpläne. Zu diesem Zweck sind die entsprechenden staatlichen Vorschriften übernommen worden, die eine erhebliche Vereinfachung gegenüber den Vorschriften für die Durchführungspläne darstellen.

Zur Hebung des qualitativen Niveaus der Pläne und um eine Mindestausstattung der Zonen mit freien Flächen und Einrichtungen sicherzustellen, wird in den letzten beiden Ab-

sätzen des Art. 4 die Einhaltung „ope legis“ grundsätzlicher städtebaulicher Vorschriften zur Pflicht gemacht, wie Siedlungsdichte, d.h. Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Siedlungsfläche, Baudichte, bezogen auf das Verhältnis zwischen Kubatur und Einwohner, Abstand zwischen den Gebäuden.

Bei der Festsetzung dieser Vorschriften hat man sich an die jüngsten Angaben gehalten, die vom Studien- und Programmierungsdienst des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten auf Grund einschlägiger Untersuchungen eigener Kommissionen, Studienzentren und kultureller Institutionen des In- und Auslandes, vor allem der Organe der Europäischen Wirtschaftskommission, zusammengestellt worden sind.

3. - Die Ausdehnung der Zonenpläne (Art. 4 drittletzter Absatz).

Obwohl das geltende Landesgesetz keine diesbezügliche Bestimmung enthält, erscheint es zweckmäßig, diese Frage aufzunehmen, sei es in Hinblick auf die schon erwähnte Entscheidung des Staatsrates, um gewisse Auslegungsunsicherheiten über die in die Zonenpläne einzuschließenden Bautypen zu beseitigen, sei es, um ein einheitliches Vorgehen der Gemeinden bei der Festsetzung dieser Ausdehnung zu erreichen. In den Zonen sollen nämlich nicht nur die Bauten der Körperschaften für den Volkswohnbau (Volkswohnbauinstitut, GESCAL, usw.) und jene der Baugenossenschaften Aufnahme finden — für diese Kategorie wird übrigens ab April 1968 die Pflicht, ausschließlich in den Zonen zu bauen, bindend, vorbehaltlich einer vorübergehenden Verlängerung über diesen durch Gesetz Nr. 217 vom 29. März 1965 festgelegten Termin hinaus. Durch die Zonenpläne soll allen Minderbemittelten, die ein Eigenheim anstreben, billiger Baugrund sichergestellt werden, unabhängig davon, ob sie in den Genuß einer öffentlichen Begünstigung kommen oder nicht; in den Zonen müssen schließlich auch alle Wohnsiedlungen vorgesehen werden, die in Zusammenhang mit geplanten Neuansiedlungen von Industriebetrieben erstehen sollen. Und wenn man bedenkt, daß die Zonenpläne die wichtigste Handhabe der Gemeinden für eine geordnete und planmäßige Entwicklung ihrer Gebiete darstellen sollen, so muß das im Gesetzesentwurf angegebene Ausmaß von 60% des voraussichtlichen Wohnraumbedarfes, das den Zonen zugrunde zu legen ist, als ein Minimum angesehen werden, das für die Gemeinden mit vorwiegend

landwirtschaftlichem Charakter annehmbar sein mag, für die übrigen Gemeinden aber entsprechend zu erhöhen ist.

4. - Die Finanzierung des Ankaufes der Grundstücke und der Erschließungsanlagen (Art. 2 und 3).

Wie bereits erwähnt, bereitet die Frage der Finanzierungen die größte Schwierigkeit bei der Durchführung der Pläne.

Der Staat gedachte sie zu lösen, indem er die Gemeinden ermächtigte, Darlehen aufzunehmen (Gesetze 847 und 431), die jedoch 20% der für die gesamte Durchführung des Planes veranschlagte Ausgabe nicht überschreiten dürfen. Außerdem dürfen mit diesen Darlehen nur die primären Erschließungsanlagen finanziert werden.

Die Region Friaul-Julisch Venetien gewährt den Gemeinden auf Grund des Regionalgesetzes 14. Juni 1967, Nr. 14, Jahresbeiträge bis zu 12 Jahren im Höchstausmaß von 5% der im Sinne der vorerwähnten Staatsgesetze aufgenommenen Darlehen.

Bei der Prüfung des Problems darf man jedoch nicht außer Acht lassen, daß es wohl wahr ist, daß die Gemeinde Geldmittel für den Ankauf der Grundstücke und für deren Erschließung benötigt, daß es sich aber größtenteils um Vorschüsse handelt, nachdem die entsprechende Ausgabe durch den Verkauf der Grundstücke wieder hereinkommt. Die beste Hilfe, die man zur Durchführung einer solchen Operation den Gemeinden angedeihen lassen kann, besteht zweifelsohne in der Schaffung eines Rotationsfonds, aus dem die Gemeinden kurzfristige und zinsenlose Darlehen aufnehmen können.

Für die Gewährung und Auszahlung der Darlehen sieht der Gesetzesentwurf nachstehende Regelung vor:

Sobald ein Zonenplan rechtswirksam wird, bestimmt die Gemeinde die Grundstücke, deren Nutzung in den nächsten beiden Jahren vorgesehen ist, und beschließt die Einbringung eines formellen Darlehensgesuches für einen Betrag, welcher der Höhe der Entschädigung, die laut Gesetz den Eigentümern der zu enteignenden Grundstücke angeboten werden muß, zuzüglich der veranschlagten Kosten für die primären Erschließungsanlagen entspricht. Im Zuge der Aufstellung des jährlichen Aufteilungsprogrammes des Rotationsfonds beschließt der Landesausschuß die grundsätzliche Gewährung des Darlehens, wobei der end-

gültige Betrag auf Grund des Bedarfes festgelegt wird, der sich aus dem Enteignungsverfahren bzw. aus dem Kostenvoranschlag des Durchführungsprojektes der Erschließungsanlagen ergibt.

Ist der Gemeinde die grundsätzliche Zusage erteilt worden, stellt sie, im Sinne des Regionalgesetzes 27. Mai 1956, Nr. 5 und der nachfolgenden Abänderungen und Ergänzungen, den Antrag auf Enteignung und Festsetzung der Enteignungsentschädigung.

Bekanntlich wird die Enteignungsentschädigung vom Präsidenten des Landesausschusses gemäß Art. 13 des Staatsgesetzes 15. Jänner 1885, Nr. 2892, festgesetzt und dem Bürgermeister sowie den betroffenen Eigentümern mitgeteilt, welche innerhalb der Verfallsfrist von 30 Tagen erklären können, zu einer gütlichen Einigung über die Entschädigung bereit zu sein. Zur Erleichterung dieser gütlichen Übereinkunft sieht der Gesetzesentwurf vor, daß den Eigentümern zu der wie oben festgesetzten Entschädigung ein 10%iger Zuschlag angeboten wird.

Nach Ablauf der o.a. Frist von 30 Tagen schließt die Gemeinde mit jenen Eigentümern, welche die angebotene Entschädigung angenommen haben, den Abtretungsvertrag ab, während hinsichtlich der anderen Grundstücke der Präsident des Landesausschusses, "nach Erhalt des Nachweises über die erfolgte Hinterlegung der Enteignungsentschädigung", das Enteignungsdekret erläßt. In beiden Fällen ist es daher notwendig, daß das Darlehen rechtzeitig ausgezahlt wird, um nicht das Enteignungsverfahren zu unterbrechen bzw. um den Abtretungsvertrag abschließen zu können.

Der Gesetzesentwurf sieht daher vor, daß die Auszahlung des Darlehens, welche mit Dekret des Präsidenten des Landesausschusses verfügt wird, auf Grund der Erklärungen der Eigentümer, welche die angebotene Entschädigung annehmen bzw. auf Grund des Verzeichnisses der angebotenen Entschädigungen an jene Eigentümer, die innerhalb der vorgeschriebenen Frist diese nicht angenommen haben, erfolgt.

Die Darlehen werden zinsenlos gewährt und müssen der Provinz innerhalb von 30 Tagen, nachdem die Gemeinde den Abtretungspreis eingehoben hat und jedenfalls innerhalb von zwei Jahren zurückgezahlt werden, sofern diese Frist vom Präsidenten des Landesausschusses nicht um höchstens zwei weitere Jahre ver-

längert worden ist, jedoch beschränkt auf die innerhalb der ersten beiden Jahre nicht abgetretenen Lose.

Obgenannte Fristen gelten für die Grundstücke, die an Körperschaften, Gesellschaften und Private abgetreten werden.

Für die Grundstücke hingegen, die für die Erstellung der primären Erschließungsanlagen bestimmt sind (es handelt sich hierbei um Straßen, Halte- und Park- sowie Grünflächen), ist die Rückzahlung des entsprechenden Darlehens in anderer Weise vorgesehen. Bekanntlich ist die Regionalverwaltung auf Grund der Regionalgesetze 1. Juli 1963, Nr. 17 und 29. Mai 1964, Nr. 22, ermächtigt, Jahresbeiträge im Höchstausmaß von 7,5% für eine Dauer von höchstens 15 Jahren für verschiedene öffentliche Arbeiten im Interesse der Lokalkörperschaften sowie für den Erwerb der dafür notwendigen Grundstücke zu gewähren. Zu den zugelassenen öffentlichen Arbeiten zählen auch alle Anlagen, die vom Gesetzesentwurf als zur primären Erschließung gehörig betrachtet werden und deren Kosten, wie wir noch sehen werden, auf die Käufer bzw. Eigentümer der erschlossenen Grundstücke aufgeteilt werden. Zu Lasten der Gemeinde bliebe somit die nicht unerhebliche Ausgabe für den Ankauf der für die Erschließungsanlagen notwendigen Grundstücke. Für diese Ausgabe sollte künftighin das Höchstmaß des vorgesehenen Regionalbeitrages gewährt werden, sodaß das entsprechende Darlehen des Landes zur Gänze durch Abtretung der Jahresraten des Regionalbeitrages an die Provinz getilgt werden könnte. Es wäre daher zweckmäßig, in den genannten Regionalgesetzen Nr. 17 und 22 eine Bestimmung aufzunehmen, wonach für die in Frage stehenden Arbeiten, im Zusammenhang mit den Begünstigungen des Landes, der Beitrag im Rahmen des jährlich der Provinz zuzuweisenden Fonds vorrangig gewährt werden muß. Der Gesetzesentwurf sieht jedenfalls die Möglichkeit dieser Abtretung vor, wie auch eine Frist von 16 Jahren, innerhalb welcher die Gemeinde das Darlehen tilgen muß.

Die jährlichen Tilgungsraten, die nicht durch Regionalbeitrag gedeckt sind, müssen mit den Verfügbarkeiten aus dem Ertrag der nachstehenden Steuern sichergestellt werden: Zuschlag auf die Grundsteuer, allgemeine Einnahmesteuer, Konsumsteuer, Steuer auf Industrie, Handel, Gewerbe und freie Berufe, Familiensteuer und 50% des Ertrages der Wertzuwachssteuer auf Baugründe.

Die Höhe, der für die Herstellung der primären Erschließungsanlagen gewährten Darlehen, darf die im Ausführungsprojekt angegebenen Kosten nicht überschreiten, das von dem gemäß Regionalgesetz 25. November 1963, Nr. 31, zuständigen Organ begutachtet worden ist. Für die Rückzahlung gelten die Bestimmungen hinsichtlich der Tilgung der Darlehen, die für den Erwerb der abzutretenden Baugründe gewährt worden sind. Auch muß ein Aufteilungsplan des Aufwandes für die Erschließungsanlagen auf die Nutzungsberechtigten der durch diese Anlagen erschlossenen Grundstücke vorgelegt werden.

5. - Der Abtretungspreis

Der Gesetzesentwurf (Art. 5) behandelt dann, durch eine Abänderung des Art. 3 des geltenden Landesgesetzes, das Problem des Preises, der für den Erwerb der erschlossenen Grundstücke gezahlt werden muß.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß das neue staatliche Urbanistikgesetz (Nr. 765 vom 6. August 1967) im Art. 8 die Lasten aufzählt, die der Eigentümer eines Grundstückes übernehmen muß, das einer baulichen Nutzung zugeführt werden soll. Es sind dies: der Aufwand für die primäre Erschließung, ein Anteil an den Kosten der sekundären Erschließungsanlagen oder der für den Anschluß der Zone an die öffentlichen Dienste erforderlichen Anlagen und schließlich die kostenlose Abtretung der für die Erstellung der genannten primären und sekundären Erschließungsanlagen erforderlichen Grundstücke.

Um jedoch einen "sozialen Preis" der für den Volkswohnbau bestimmten Baugründe zu gewährleisten, sieht der Gesetzesentwurf vor, daß die Käufer dieser Grundstücke nur den im Verhältnis zur Zweckbestimmung und zum zugelassenen Bauvolumen zu ermittelnden Anteil am Aufwand für die Erstellung der primären Erschließungsanlagen zu tragen haben, wobei, so wie dies im Art. 4 des Staatsgesetzes 29. September 1964, Nr. 847, bzw. im erwähnten Staatsgesetz Nr. 765 geschieht, genau angegeben wird, welche Anlagen darunter zu verstehen sind.

Primäre Erschließungsanlagen im Sinne des erwähnten Art. 4 sind: die Verkehrsanlagen innerhalb des Baugebietes, die Halte- und Parkflächen, die Abwasserbeseitigung, die Wasserversorgung, die Strom- und Gasversorgung, die öffentliche Beleuchtung und die Grünflächen. Selbstverständlich bezieht sich die Beitrags-

pflicht nur auf die Anlagen zur direkten Versorgung innerhalb der Zone. So können beispielsweise nicht als primäre Erschließungsanlagen angesehen werden: Parks und Sportanlagen, die zu den sekundären Erschließungsanlagen zählen, wie die Schulen, Kirchen, Ambulatorien, Markthallen, usw., die sich im einzelnen aus den Festsetzungen der Zonenpläne ergeben.

Ein weiteres Hindernis, das sich in manchen Fällen einer raschen Übergabe der erworbenen und erschlossenen Grundstücke entgegenstellte, bestand in der Ungewißheit über die Höhe des endgültigen Übergabepreises, im Zusammenhang mit noch behängenden Rekursen gegen die Festsetzung des Enteignungspreises. Das Problem ist bereits dem Parlament unterbreitet worden und man hofft, daß das zur Zeit bestehende Enteignungssystem durch geeignete Bestimmungen vervollkommenet wird, um die Verfahrensweise des Grundstückserwerbs zu beschleunigen und um die Folgen damit zusammenhängender Streitverfahren auszuschalten oder zumindest abzuschwächen. Das derzeitige System muß die Gemeinden entmutigen auf die Enteignung zurückzugreifen, weil ein daraus entstehendes Gerichtsverfahren — im Falle der Wohnbauzonen — die Enteignung zwar nicht verzögern oder verhindern kann, aber zur Folge hat, daß die Gemeinden den endgültigen Ablösepreis erst nach Abschluß des Verfahrens kennen und daher praktisch gezwungen sind dessen Ausgang abzuwarten, bevor sie die Grundstücke weiterverkaufen können. Es ist wünschenswert, dass auch das regionale gesetzgebende Organ laut seiner Zuständigkeit dieselben Massnahmen ergreifen möge.

Um die Zeit der zum Ankauf der Grundstücke notwendigen Kapitalbindung zu verkürzen, wurde auch vorgeschlagen, den Gemeinden für die Zahlung der Enteignungsentschädigung einen Aufschub von ein bis zwei Jahren zu gewähren und für diese Zeit den Besitzern die gesetzlichen Zinsen zu zahlen.

Zu diesem informationshalber erwähnten Vorschlag muß gesagt werden, daß eine Maßnahme dieser Art eine weitere erhebliche Belastung der Grundeigentümer darstellen würde, die, wenigstens vorläufig, eine konkrete Wirksamkeit des Gesetzes kaum beeinflussen dürfte.

Das nächste anzugehende Problem betrifft die direkte Nutzung der Grundstücke seitens der Eigentümer. In diesem Zusammenhang muß — wie das von Seiten des staatlichen Gesetzgebers bereits geschehen ist — vorerst der erste Absatz des Art. 4 des Gesetzes Nr. 14 dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 9. April 1965, Nr. 22, an-

geglichen werden, in welchem der erste Absatz des Art. 16 des Gesetzes Nr. 167, der dem genannten Art. 4 des Landesgesetzes entspricht, als verfassungswidrig erklärt worden ist. Es handelt sich dabei um die Bestimmung, mit welcher den Eigentümern von Grundstücken die "bereits zum Siedlungsbau bestimmt sind", das Recht zuerkannt wird, auf diesen Grundstücken selbst Volkswohnungen zu errichten. Laut Gerichtshof besteht die Verfassungswidrigkeit in der Einschränkung "bereits zum Siedlungsbau bestimmt", weil, während mit der Genehmigung des Planes alle inbegriffenen Grundstücke "die Eigenschaft von Baugründen erwerben", nur für einige von ihnen — u.zw. für diejenigen, welche im Bebauungsplan bereits für den Wohnungsbau ausgewiesen waren — "auf Grund der genannten Bestimmung den Eigentümern das Recht Volkswohnungen zu bauen ausdrücklich zuerkannt wird", womit der Art. 3, erster Absatz, der Verfassung verletzt wird.

Mit der Aufhebung dieser Einschränkung sichert der Artikel "das Recht zu bauen" — mit den im Gesetz vorgesehenen Bedingungen und Beschränkungen — den Eigentümern aller Grundstücke zu, die in den genehmigten Plänen eingeschlossen sind. Zur Klärung der Einschränkungen der den Eigentümern zustehenden Berechtigung, wird vorgeschlagen, den Art. 4, erster Absatz, ohne die Worte "bereits zum Siedlungsbau bestimmt" wiederzugeben und außerdem die Worte hinzuzufügen "und die in den Plänen nicht für Erschließungsanlagen bestimmt sind".

Hinsichtlich der Frage der direkten Nutzung an sich muß hervorgehoben werden, daß auf nationaler Ebene die diesbezügliche Bestimmung keinerlei praktische Auswirkung hatte. Die Gründe hierfür sind verschiedener Natur und liegen einmal — vor allem was die Mieten betrifft — in den vom Art. 8, letzter Absatz, des 167er-Gesetzes, der dem zweiten Absatz des Art. 6 des Landesgesetzes entspricht, vorgesehenen Einschränkungen und, als Folge, im Vorteil der Privaten — immer im System des 167er-Gesetzes — auf Grundstücken außerhalb der Zonen zu bauen: sei es, weil es dort keinerlei derartige Beschränkungen gibt, sei es wegen der höheren Nutzungs-Indices und sei es, schließlich, wegen der geringeren Erschließungskosten, die mit der niedrigeren Ausstattung dieser Baugebiete an Diensten und Einrichtungen zusammenhängen.

Zur Bereinigung dieser Situation und um dem den Eigentümern zuerkannten Recht einen wirklichen Inhalt zu geben und sie anzuspornen, ihre Grundstücke selbst baulich zu nutzen, hat das Parlament am Art. 18 einige Abänderungen vorgenom-

men, indem verschiedene Beschränkungen aufgehoben wurden (wie die Verpflichtung zur Vermietung ausschließlich an Personen, welche die Voraussetzungen für die Zuweisung einer Volkswohnung haben, sowie die Bemessung der Mieten auf Grund der Baukosten der von den Volkswohnbau-Instituten errichteten Wohnungen), die Dauer der Bindung von 15 auf 10 Jahre herabgesetzt und bestimmt wurde, daß der Berechnung des Mietpreises die Baukosten, der Enteignungswert des Grundes und die Kosten der primären Erschließung zugrunde zu legen seien. Der Regierungsentwurf sah außerdem vor, den zulässigen Ertrag des investierten Kapitals mit 6,5% festzusetzen, aber dieser Vorschlag wurde vom Parlament damals nicht angenommen.

Der mehrmals erwähnte Ministerialbericht empfiehlt jedoch neuerdings „aufmerksam zu überprüfen, ob es nicht zweckmäßig sei, wenigstens vorübergehend, einige Beschränkungen noch weiter zu mildern, welche die Privatinitiative zwar hemmen, aber einen sehr umstrittenen praktischen Wert haben“.

Abänderungsanträge im obigen Sinne sind auch von den Vereinigungen der Bauunternehmer eingebracht worden, die vorschlagen, den letzten Absatz des Art. 18 des 167er-Gesetzes durch den seinerzeit von der Regierung dem Parlament vorgelegten Originaltext zu ersetzen und die starren Termine hinsichtlich Baubeginn und Baubeendigung der genehmigten Gebäude abzuschaffen, "da diese Beschränkungen nicht dazu beitragen können, die Eigentümer anzuspornen auf ihren Grundstücken die in den Zonenpläne vorgesehenen baulichen Anlagen durchzuführen". Man kann daher behaupten, daß von allen Seiten bereits die Zweckmäßigkeit anerkannt wird, die direkte bauliche Nutzung der Grundstücke zu erleichtern, um auch — wie der Ministerialbericht erläutert — "in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand den Bau von Wohnungen zu fördern, die den Anforderungen des Marktes besser entsprechen. Und dies umso mehr, als die Gemeinde alle Befugnisse hat, sei es um diese Initiativen zu kontrollieren — hinsichtlich ihres Umfanges und ihres Standortes —, sei es um zu verhindern, daß sie im Gegensatz zu den Erfordernissen einer koordinierten Nutzung der von der Gemeinde und von den Körperschaften zu erwerbenden Grundstücke durchgeführt werden".

Hinsichtlich der Fristen für den Beginn und die Beendigung der Arbeiten muß darauf hingewiesen werden, daß das Landesgesetz bereits längere Termine, als die im 167er-Gesetz festgesetzten, vorsieht: 180 Tage für den Baubeginn gegenüber

den 120 Tagen im 167er-Gesetz und 3 Jahre für die Fertigstellung gegenüber den vom Staatsgesetz vorgeschriebenen 2 Jahren.

Bezüglich der im zweiten Absatz des Art. 6 des geltenden Landesgesetzes vorgesehenen Beschränkungen wird im Art. 8 des Gesetzesentwurfes die Annahme des von der Regierung seinerzeit eingebrachten Textes für die Abänderung des 167er-Gesetzes vorgeschlagen, welcher im wesentlichen die Abschaffung der oben erwähnten Beschränkungen vorsieht und der die zulässige Verdienstspanne auf 6,5% erhöht.

In Zusammenhang mit der Neuregelung der Aufteilung des Aufwandes für die Erschließungskosten auf die erschlossenen Grundstücke dehnt der Art. 7 die diesbezügliche Beitragspflicht auch auf die Eigentümer jener Grundstücke aus, die selbst auf diesen bauen wollen, wobei es den Gemeinden freisteht, die Durchführung der Arbeiten den Eigentümern zu übertragen. Durch die Beschränkung dieser Lasten gegenüber den in den anderen Zonen vorgesehenen, sollen zu hohe Baukosten der Wohnungen, in Hinblick auf die künftigen Mietpreise, vermieden werden.

Mit dem Art. 10 wird schließlich vorgeschlagen, den Landesbeitrag für die Erstellung der Bauprogramme von 50 auf 70% der Ausgabe zu erhöhen, falls das Bauprogramm einen Zonenplan enthält.

Der Zweck aller vorgeschlagenen Maßnahmen kann wie folgt zusammengefaßt werden:

- 1.) die Zonenpläne in einer möglichst kurzen Zeit wirksam werden zu lassen;
- 2.) eine befriedigende Lösung des Problems der Finanzierung des Erwerbes und der Erschließung der Grundstücke;
- 3.) eine rasche Erstellung der Erschließungsanlagen zu fördern, weil von ihr die Möglichkeit der Abtretung der Gründe und somit der Baubeginn der Wohnungen abhängt;
- 4.) den Körperschaften für den Volkswohnbau zu tragbaren Preisen die notwendigen Baugründe zur Durchführung ihrer Programme zur Verfügung zu stellen, ohne daß diese gezwungen sind, das bisher notwendige, langwierige Verfahren für deren Erwerb anzuwenden;
- 5.) eine Programmierung der Erschließung sowohl in der Phase der Planung als in jener der Ausführung, als Voraussetzung für eine planmäßige und geordnete Entwicklung der Siedlungen sicherzustellen, auch um gewisse, in der Vergangenheit eingetretene Situationen in Volkswohnvierteln zu verhindern, in denen die Wohnungen wegen des Fehlens der notwendigen Dienste nicht bezogen werden konnten;
- 6.) für die minderbemittelten Privaten und insbe-

sondere für die abhängigen Arbeitnehmer erschlossene Baugründe zu nicht spekulativen Preisen sicherzustellen, die auf jeden Fall nicht mehr als höchstens zwei Drittel des Preises für gleichartige Grundstücke in anderen Zonen kosten sollten.

Der Landesausschuß gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch die vorgeschlagenen Maßnahmen alle Gemeinden veranlaßt werden, in ihren Bauleitplänen Zonenpläne für den Volkswohnbau aufzunehmen, die nicht nur die wirksamste Handhabe für eine rationelle Ordnung des Gemeindegebietes, sondern vielmehr eine soziale Notwendigkeit darstellen, um eines der wesentlichsten Ziele der Programmierungspolitik zu erreichen: die Förderung der Eigentumsbildung im Wohnungswesen.

Con la legge provinciale 22 agosto 1967, n. 14, recante provvedimenti finanziari relativi all'esercizio finanziario 1967 e seconda variazione al bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1967 è stato autorizzato lo stanziamento dell'importo di lire 250.000.000.- per l'istituzione di un fondo di rotazione per favorire l'acquisto di aree fabbricabili per l'edilizia economica e popolare ai sensi della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14. L'allegato disegno di legge reca le necessarie norme che disciplineranno l'erogazione dei mutui dal fondo in parola. Esso contiene inoltre varie disposizioni aggiuntive e modificative del vigente ordinamento provinciale in materia urbanistica con particolare riguardo ai piani delle zone riservate all'edilizia economica e popolare.

Sullo stato di attuazione della nota legge statale 18 aprile 1962, n. 167 (tradotta nei suoi principi fondamentali in legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14), è in corso una indagine conoscitiva da parte della Commissione parlamentare dei LL.PP. sulla base di una documentata relazione predisposta dalla competente Direzione Generale dell'Urbanistica. Della legge si sono, come è noto, occupati sia la Corte Costituzionale che il Consiglio di Stato, in base alle cui decisioni si sono rese necessarie le prime modifiche ed altre ben presto si aggiungeranno. I problemi della 167 hanno formato oggetto di esame in tutti i convegni urbanistici tenutisi in questi anni e si ritiene opportuno riassumere di seguito i punti posti in risalto in ordine alle cause che hanno ritardato e che ritardano l'operatività di tale legge, al fine di trarne utili indicazioni - a livello legislativo e dell'azione amministrativa - per una migliore operatività della nostra legge provinciale.

Scopo essenziale della 167, come della legge provinciale n. 14, è quello di assicurare, anche at-

traverso lo strumento della espropriazione, la disponibilità di aree attrezzate a basso costo e comunque a prezzi non speculativi sia per l'edilizia privata a carattere economico, sia per l'edilizia pubblica a carattere popolare, e garantire che l'attività edilizia di cui trattasi non si svolga episodicamente, ma secondo programmi urbanistici ben definiti.

Malgrado che il sistema statale preveda l'adozione obbligatoria del piano di zona in 114 Comuni con complessivi 19 milioni di abitanti, finora, a distanza di 5 anni dalla emanazione della legge, non è avvenuta alcuna cessione di aree, urbanizzate o non, a costruttori privati; gli enti hanno operato, prevalentemente, al di fuori dei piani; i proprietari non hanno potuto utilizzare le aree di loro proprietà, salvo rare eccezioni.

Quali sono le cause principali che hanno impedito alla 167 di «funzionare»? Tra quelle evidenziate nella citata relazione ministeriale e quelle individuate da altri tecnici e studiosi del problema, vanno poste in rilievo le seguenti:

- 1) La non chiara formulazione di alcune norme della legge, che hanno richiesto la emanazione di circolari ministeriali interpretative la cui applicazione è stata oggetto di impugnazione presso il Consiglio di Stato (vedi la questione del dimensionamento dei piani di cui al successivo numero 5).
- 2) Il giudizio di legittimità dinanzi alla Corte Costituzionale che ha reso necessarie alcune modifiche alle norme della legge, segnatamente in materia di determinazione dell'indennità di esproprio (legge 21 luglio 1965, n. 904, rispettivamente legge regionale 17 febbraio 1966, n. 5).
- 3) La impreparazione delle amministrazioni comunali a svolgere i compiti che la legge loro assegna. Infatti, oltre alla redazione dei progetti dei piani, esse devono svolgere un'attività di carattere imprenditoriale che comprende l'acquisizione e cessione delle aree, dopo effettuate le opere di urbanizzazione, con la predisposizione di programmi economici per l'utilizzazione dei suoli compresi nelle zone.
- 4) Le deficienze tecnico-amministrative dei Comuni per quanto concerne l'elaborazione dei piani che, per il carattere di piano particolareggiato, devono essere corredate, ai fini della operatività, dai progetti, di preventivi economici riguardanti le opere di urbanizzazione indispensabili per rendere concrete le previsioni dei piani. Vi è, infatti, una carenza di tecnici qualificati per la redazione dei piani, accentuata dalla generale inesperienza operativa dei progettisti in questo nuovo settore.

- 5) L'incertezza sul dimensionamento dei piani, causata dalla mancanza di una esplicita norma che ha causato perplessità nella formazione dei piani e difformità nel comportamento dei Comuni. Infatti, il Ministero dei Lavori Pubblici, interpretando in senso estensivo il concetto dell'edilizia economica - di considerare cioè tale tutta l'edilizia che non sia popolare o di lusso -, nelle istruzioni emanate per l'applicazione della 167 aveva determinato che il fabbisogno per l'edilizia economica e popolare non avrebbe dovuto essere calcolato al di sotto del 50% del prevedibile fabbisogno globale di edilizia residenziale nel decennio. Contro tale interpretazione ministeriale il Consiglio di Stato, nella decisione sul piano di zona di Ferrara (il quale aveva compreso l'85% circa della previsione globale nel piano di zona) ha accolto un concetto restrittivo dell'edilizia economica sostenendo che «tra la vasta categoria dell'edilizia popolare ed economica e quella modestissima delle abitazioni di lusso esiste un vasto campo costituito dalle case di civile abitazione, la cui costruzione il legislatore ha lasciato all'iniziativa privata».

In seguito a tale decisione il legislatore dovrà chiarire in modo definitivo le modalità di determinazione del fabbisogno da tenere a base del piano.

- 6) Le difficoltà di carattere finanziario incontrate dai Comuni per l'attuazione dei piani. I Comuni, infatti, devono avere i mezzi non solo per acquisire le aree, ma anche per urbanizzarle — il che significa non solo dotarle di servizi ed attrezzature pubbliche o collettive in misura superiore a quelle normalmente previste in passato — ma anche destinare aree a verde pubblico e a spazi liberi, il che comporta che una rilevante percentuale delle aree acquisite non può essere rivenduta e grava, pertanto, sul bilancio passivo dell'operazione. Le possibilità finanziarie dei Comuni di acquisire le aree e di effettuare l'urbanizzazione costituisce senza dubbio il problema di maggior rilievo in ordine alla attuazione dei piani.
- 7) L'esigenza — raramente avvertita in passato — di attuare, soprattutto in sede esecutiva, un coordinamento dei diversi interventi allo scopo di assicurare la realizzazione organica ed integrale degli insediamenti e delle relative attrezzature.

Come si vede, il principale ostacolo alla pratica attuazione del sistema instaurato dalla legge è dovuto ad una situazione contingente: che, cioè, i Comuni non hanno la capacità tecnica e finanziaria di svolgere i compiti che la legge loro assegna.

Ne deriva l'opportunità per il legislatore provinciale di predisporre opportuni provvedimenti atti a superare le deficienze individuate su scala nazionale, specialmente nella prima fase di attuazione della legge.

Le disposizioni che a tal fine si propongono riguardano essenzialmente cinque aspetti fondamentali del problema in esame:

1. - I tempi di formazione e di approvazione dei piani di zona (artt. 4 e 9).

a) Se inseriti in piani regolatori generali

La normativa provinciale vigente prevede che in sede di formazione o di modifica del piano regolatore possono essere stabilite zone da destinare all'edilizia economica e popolare, per le quali occorre compilare dopo l'entrata in vigore del piano regolatore, i piani particolareggiati di attuazione, per la formazione ed approvazione dei quali occorre osservare il procedimento già adottato per il piano regolatore stesso, anche se i termini relativi sono ridotti alla metà (art. 18 della legge provinciale 29 dicembre 1966, n. 14). Ma poiché le opposizioni contro un piano di zona non possono riguardare essenzialmente che il vincolo specifico, vincolo che viene stabilito con l'adozione del piano regolatore, il disegno di legge propone che in futuro per le zone destinate all'edilizia economica e popolare debbano essere compilati i relativi piani di zona già in sede di formazione o di modifica del piano regolatore.

Con tale procedura, destinata ad accelerare e semplificare la formazione dei piani di zona, viene inoltre assicurato che al momento dell'entrata in vigore del piano regolatore i Comuni dispongano già del necessario strumento operativo per la realizzazione delle zone. La nuova disciplina è prevista per tutti i piani regolatori che saranno adottati dai Comuni dopo la data di entrata in vigore della legge.

Per quei piani di zona, invece, che si riferiscono a zone riservate all'edilizia economica e popolare in piani regolatori o loro varianti già approvati o adottati con delibera del Consiglio comunale alla data predetta si applicano, in ordine alla procedura di formazione ed approvazione, le norme previste per l'approvazione dei programmi di fabbricazione (art. 31, terzo comma dell'ordinamento urbanistico). Di conseguenza, all'articolo 9 si prevede l'abrogazione del suddetto articolo 18 della legge provinciale 29 dicembre 1966, n. 14, riferentesi alla procedura finora vigente.

b) Se inseriti in programmi di fabbricazione

L'inserimento di un piano di zona in un pro-

gramma di fabbricazione comporta, nella normativa vigente, l'approvazione dello stesso secondo l'iter previsto per i piani particolareggiati, un iter cioè molto più lungo e complicato rispetto alla normale procedura prevista dal vigente ordinamento urbanistico per i programmi di fabbricazione.

Sempre ai succitati fini di un acceleramento e di una semplificazione delle procedure, il disegno di legge prevede il ristabilimento della normale procedura vigente per l'approvazione dei programmi di fabbricazione, anche quando questi contengano un piano di zona.

2. - Il contenuto dei piani di zona (art. 4).

Il nuovo sistema di formazione dei piani richiede norme particolari sugli elementi che il piano dovrà contenere e sugli elaborati di cui il progetto del piano dovrà essere costituito. Al riguardo sono state adottate le vigenti norme statali che rappresentano una rilevante semplificazione rispetto alle prescrizioni per i piani particolareggiati.

Onde garantire il livello qualitativo dei piani e per assicurare alle «zone» le dotazioni minime di spazio e di attrezzature, viene stabilito, negli ultimi due commi dell'art. 4, l'osservanza «ope legis» di fondamentali standards urbanistici (densità territoriale, cioè il rapporto tra il numero di abitanti e l'area della zona di insediamento, densità edilizia riferita al rapporto tra cubatura e abitante, distanza tra fabbricati).

Nel definire tali standards ci si è attenuti alle più recenti indicazioni fornite dal servizio studi e programmazione del Ministero dei Lavori Pubblici in base agli studi finora condotti in materia da apposite commissioni, da centri studi ed istituzioni culturali in Italia, nonché agli studi compiuti in sede internazionale ed in particolare dagli organi della Commissione Economica per l'Europa.

3. - Il dimensionamento dei piani di zona (art. 4, terz'ultimo comma).

Benchè la legge provinciale vigente non contenesse nessuna norma al riguardo, sembra tuttavia opportuno affrontare tale problema, sia in relazione alla già citata decisione del Consiglio di Stato, onde dissipare mediante una norma esplicita incertezze interpretative sul tipo di edilizia da includere nelle previsioni del piano, sia per garantire una uniformità di indirizzo da parte dei Comuni nel determinare tale dimensionamento. Infatti le «zone» non sono soltanto destinate ad accogliere le costruzioni che saranno realizzate da parte degli en-

ti per l'edilizia popolare (I.A.C.P., Ges. Ca. L., ecc.) e dalle cooperative edilizie — per questa categoria l'obbligo di costruire esclusivamente nelle «zone» diventerà tassativo a partire dall'aprile 1968, se non sarà prorogato, in via transitoria, l'istituto della deroga oltre tale limite, stabilito dalla legge n. 217 del 29 marzo 1965. — I piani di zona devono garantire una area a basso prezzo a tutti i meno abbienti che intendono accedere alla proprietà di una abitazione, sia che essi godano di una agevolazione o meno; nelle zone vanno, infine, inseriti i nuovi quartieri residenziali che sorgeranno in connessione con previsti nuovi insediamenti industriali. E se si considera ancora che i piani di zona dovranno costituire il più importante strumento operativo dei Comuni per uno sviluppo ordinato e pianificato del loro territorio, la percentuale del prevedibile fabbisogno di edilizia residenziale da tenere a base delle «zone» indicata nel disegno di legge in misura del 60%, è da considerarsi un minimo accettabile per i Comuni di tipo prevalentemente rurale, mentre sarà convenientemente aumentata nei rimanenti Comuni.

4. - Il finanziamento dell'acquisizione delle aree e delle opere di urbanizzazione (art. 2 e 3).
Come già accennato, la questione dei finanziamenti costituisce la difficoltà di maggior rilievo nell'attuazione dei piani.

Lo Stato ha ritenuto di risolverlo autorizzando i Comuni a contrarre mutui (leggi 847 e 431) che però non possono superare il 20% della spesa preventivata per l'intera attuazione del piano. Inoltre, tali mutui consentono il finanziamento di una parte soltanto delle opere di urbanizzazione, cioè di quella primaria.

La Regione Friuli-Venezia Giulia, con legge regionale del 14 giugno 1967, n. 14, intende concedere ai Comuni contributi annui fino a 12 anni nella misura massima del 5% del capitale mutuato ai sensi delle suddette disposizioni statali.

Nell'esaminare il problema occorre però tener presente che è ben vero che il Comune ha bisogno dei mezzi finanziari per l'acquisizione delle aree e la loro urbanizzazione, ma che si tratta in buona parte di anticipazioni, in quanto la relativa spesa viene recuperata attraverso la vendita delle aree stesse. Per questa operazione il miglior aiuto che si possa dare ai Comuni è senza dubbio la creazione di un fondo di rotazione dal quale i Comuni possono contrarre mutui a breve scadenza senza interessi.

Le modalità per la concessione ed erogazione dei mutui previste nel disegno di legge sono, in breve, le seguenti:

Non appena un piano di zona sarà operante il Comune determinerà le aree, il cui utilizzo è previsto nel prossimo biennio e delibererà di inoltrare formale domanda di mutuo per un importo corrispondente al presumibile ammontare delle indennità da offrire a norma di legge ai proprietari delle aree da espropriare, nonché alla spesa preventivata per le opere di urbanizzazione primaria. Nel formulare il programma annuale di ripartizione del fondo la Giunta provinciale delibererà la concessione di massima del mutuo, subordinando la determinazione dell'ammontare definitivo al fabbisogno risultante dalla procedura di espropriazione rispettivamente dal progetto esecutivo delle opere di urbanizzazione.

Ottenuta la concessione di massima, il Comune presenta, nei modi stabiliti dalla legge regionale 27 maggio 1956, n. 5, e successive modificazioni ed integrazioni, richiesta di espropriazione e di determinazione dell'indennità di espropriazione.

Come è noto, l'indennità di espropriazione è determinata dal Presidente della Giunta provinciale nei modi previsti dall'art. 13 della legge statale 15 gennaio 1885, n. 2892. L'indennità fissata è comunicata al Sindaco e ai proprietari interessati, i quali entro il perentorio termine di 30 giorni possono dichiarare di essere disposti ad un accordo bonario sull'indennità stessa. Ai fini di tale accordo bonario il disegno di legge prevede che ai proprietari delle aree venga offerta l'indennità come sopra determinata, maggiorata del 10%.

Decorso il suddetto termine di 30 giorni il Comune provvede alla stipulazione dell'atto di cessione con i proprietari, i quali hanno accettato l'indennità offerta, mentre per le altre aree il Presidente della Giunta provinciale emette il decreto di espropriazione «ricevuta la prova dell'avvenuto deposito dell'indennità di espropriazione». In ambedue i casi occorre dunque che il mutuo concesso venga tempestivamente erogato per non interrompere la procedura di espropriazione rispettivamente per poter stipulare l'atto di cessione.

Pertanto, il disegno di legge prevede che l'erogazione del mutuo è disposta con Decreto del Presidente della Giunta provinciale in base alle dichiarazioni di accordo bonario da parte dei proprietari che accettano l'indennità offerta, rispettivamente all'elenco delle indenni-

tà offerte ai proprietari che entro il termine prescritto non hanno dichiarato di essere disposti ad un accordo bonario.

I mutui sono concessi senza interessi e devono essere rimborsati alla Provincia entro 30 giorni dall'avvenuto incasso da parte del Comune del prezzo di cessione e comunque entro due anni, a meno che detto termine sia stato prorogato dal Presidente della Giunta provinciale fino ad un massimo di altri due anni limitatamente ai lotti non ceduti entro i primi due anni.

I termini anzidetti valgono per le aree, che saranno cedute ad enti, società e privati.

Per le aree che, invece, saranno destinate all'esecuzione delle opere di urbanizzazione primaria (si tratta in concreto di strade residenziali, spazi di sosta o di parcheggio e spazi di verde attrezzato) il rimborso del relativo mutuo è previsto diversamente. E' noto che in base alle leggi regionali 1° luglio 1963, n. 17, e 29 maggio 1964, n. 22, l'Amministrazione regionale è autorizzata a concedere contributi annui nella misura massima del 7,50% per un periodo fino a 15 anni per diverse opere pubbliche di interesse degli enti locali, nonché per l'acquisto dei terreni destinati all'esecuzione delle stesse. Tra le opere pubbliche ammesse figurano anche tutte le opere considerate di urbanizzazione primaria dalla legge in esame, la cui spesa sarà in futuro, come vedremo più avanti, posta a carico degli acquirenti o proprietari delle aree sulle quali sorgeranno nuove costruzioni. Rimarrebbe a carico del Comune la sola, ma non indifferente spesa per la acquisizione delle aree per le suddette opere di urbanizzazione, spesa per la quale dovrebbe in futuro essere concesso il massimo del contributo regionale, in modo che il relativo mutuo provinciale possa essere integralmente rimborsato mediante cessione delle quote annuali del contributo regionale alla Provincia. Sarebbe opportuno che nelle succitate leggi regionali n. 17 e 22 venisse precisato che per queste opere, in connessione con la provvidenza provinciale, il contributo deve essere concesso con carattere di priorità nell'ambito del fondo da assegnare annualmente alla Provincia. Comunque, il disegno di legge prevede questa possibilità di cessione ed un termine di 16 anni, entro il quale il Comune dovrà provvedere al rimborso.

Le rate annuali di rimborso non coperte da contributo regionale dovranno essere garantite con le disponibilità sui proventi delle seguenti

imposte: sovrainposta fondiaria, imposta generale sull'entrata, imposta di consumo, ICAP e di famiglia, nonché il 50% del gettito dell'imposta sugli incrementi di valore.

I mutui concessi per le opere di urbanizzazione primaria saranno erogati per un ammontare pari a quello risultante dal progetto esecutivo, sul quale ha espresso il proprio parere l'organo competente a norma della legge regionale 25 novembre 1963, n. 31. Ai fini del rimborso, per il quale valgono le norme per il rimborso dei mutui concessi per l'acquisizione delle aree da cedere, dovrà essere presentato un piano di frazionamento delle spese relative alle opere di urbanizzazione tra gli utenti delle aree servite da tali opere.

5. - Gli oneri a carico degli utenti.

Il disegno di legge (art. 5), con una modifica dell'art. 3 della vigente legge provinciale, affronta poi il problema degli oneri che dagli utenti delle aree dovranno essere assunti oltre il prezzo di acquisto o l'indennità di esproprio.

E' noto al riguardo che la nuova legge-ponte sull'urbanistica (n. 765 del 6 agosto 1967) stabilisce all'art. 8 gli oneri che deve assumere il proprietario di un'area da lottizzare a scopo edilizio: gli oneri di urbanizzazione primaria, una quota-parte delle opere di urbanizzazione secondaria o di quelle opere che siano necessarie per allacciare la zona ai pubblici servizi ed, infine, la cessione gratuita delle aree necessarie per le suddette opere di urbanizzazione primaria e secondaria.

Onde garantire un «prezzo sociale» delle aree destinate all'edilizia economica e popolare il disegno di legge prevede che agli utenti delle aree vada accollata, in relazione alla destinazione ed al volume edificabile consentito, la quota delle sole spese sostenute per le opere di urbanizzazione primaria, la cui natura viene dettagliatamente precisata, in conformità con quanto stabilito dall'art. 4 della legge statale 29 settembre 1964, n. 847, riportato anche nella citata legge statale n. 765.

Sono opere di urbanizzazione primaria, ai sensi del predetto articolo 4, le strade residenziali, gli spazi di sosta e di parcheggio, le fognature, la rete idrica, la rete di distribuzione di energia elettrica, la pubblica illuminazione e gli spazi verdi. Ovviamente l'obbligo di assunzione va riferito soltanto alle opere al diretto servizio e nell'interno della «zona». Non potranno così considerarsi opere di urbanizzazione primaria, per esempio, parchi di quartiere,

il verde per attrezzature sportive, che vanno considerate opere di urbanizzazione secondaria, come le scuole, le chiese, gli ambulatori, i mercati, ecc. e che in concreto risulteranno dalle previsioni dei piani di zona.

Altro ostacolo che in certi casi si è opposto ad una sollecita cessione delle aree acquisite e urbanizzate è derivato dalla incertezza sull'ammontare definitivo del prezzo di cessione in dipendenza di ricorsi non ancora definiti contro la determinazione del prezzo di esproprio. Il problema è stato prospettato già al Parlamento ed è auspicabile che con adeguate norme legislative venga perfezionato il sistema vigente in materia di espropriazione, allo scopo di rendere più rapida la procedura di acquisizione dei terreni e di evitare o quanto meno attenuare le conseguenze del «contenzioso», che proprio per il suo carattere dilatorio e per la possibilità in esso contenuta invita ad un aumento dell'indennità, scoraggia il ricorso alla procedura espropriativa o quanto meno ritarda l'attuazione dei piani e in particolare la cessione delle aree da parte dei Comuni, interessati ovviamente ad attendere la definizione delle vertenze giudiziarie prima di procedere alla vendita delle aree. E' auspicabile che anche il legislatore regionale provveda analogamente per quanto di sua competenza.

Al fine di abbreviare il tempo di esposizione dei capitali necessari per l'acquisizione delle aree è stato proposto in sede nazionale l'adozione di una norma che consenta ai Comuni di dilazionare il pagamento delle indennità dell'esproprio di uno o due anni, con la corresponsione al proprietario, per tale periodo degli interessi legali.

Nel segnalare a titolo informativo tale proposta si è tuttavia del parere che una disposizione di questo genere costituisca un ulteriore aggravamento delle conseguenze derivanti ai proprietari delle aree in seguito all'inclusione delle stesse nelle zone per l'edilizia economica e popolare, la cui adozione, almeno per il momento, non sembra oggettivamente giustificata per garantire la concreta operatività della legge.

Il prossimo problema da affrontare riguarda l'utilizzazione diretta delle aree da parte dei proprietari. Al riguardo occorre anzitutto adeguare il primo comma dell'art. 4 della legge n. 14 - come del resto ha già provveduto il legislatore nazionale - alla sentenza 9 aprile 1965, n. 22, della Corte Costituzionale che ha dichiarato l'illegittimità costituzionale del primo comma dell'art. 16 della legge 167 che corrisponde al succitato art. 4 della legge provinciale. Si tratta della norma con la quale ai proprietari delle aree «già destinate ad edilizia residenziale» viene concesso il diritto di co-

struire direttamente sulle aree stesse fabbricati aventi le caratteristiche di abitazioni di tipo economico o popolare. Secondo la Corte l'illegittimità consiste nella presenza dell'inciso «già destinate ad edilizia residenziale», perchè, mentre con l'approvazione del piano, tutte le aree in questo comprese «acquistano la qualità di aree edificabili», solo per alcune di esse — e cioè per quelle già destinate nei piani regolatori ad edilizia residenziale — «in base alla predetta disposizione il diritto di costruire alloggi economici e popolari è riconosciuto espressamente ai proprietari», violando con ciò l'art. 3, primo comma, della Costituzione.

Con la soppressione di tale inciso, l'articolo comporta immediatamente il riconoscimento del «diritto di costruire» — con le modalità ed i limiti previsti dalla legge — a tutti i proprietari delle aree residenziali comprese nei piani approvati.

Per precisare con maggior chiarezza i limiti della facoltà riconosciuta ai proprietari si propone di riprodurre l'art. 4, primo comma, senza le parole «già destinate ad edilizia residenziale» aggiungendo inoltre le parole «e non destinate nei piani stessi alle opere di urbanizzazione».

In ordine alla questione in sé dell'utilizzazione diretta occorre porre in rilievo che in campo nazionale la relativa norma non ha avuto alcun effetto pratico. Le cause sono diverse e vanno ricercate nel regime restrittivo — soprattutto per quanto riguarda i canoni — previsto dall'art. 18, ultimo comma, della 167 corrispondente al secondo comma dell'art. 6 della legge provinciale, e per converso nella convenienza dei privati — sempre nel sistema della 167 — ad utilizzare le aree al di fuori dei piani, sia per l'assenza di qualsiasi limitazione, sia per gli indici di utilizzazione più elevati e sia, infine, per i più ridotti oneri di urbanizzazione connessi alla generale minore dotazione di servizi ed attrezzature prevista per tali aree.

Per porre rimedio a questa situazione e per attribuire al diritto riconosciuto ai proprietari un contenuto effettivo che operi come stimolo per ampliare il ruolo dei proprietari disposti ad utilizzare le loro aree direttamente, il Parlamento ha apportato alcune modifiche all'art. 18, abolendo alcuni dei limiti in esso previsti (l'obbligo della locazione esclusivamente a chi sia in possesso di requisiti per essere assegnatario di alloggi popolari e la commisurazione dell'affitto al costo delle costruzioni fatte dagli I.A.C.P.), riducendo da 15 a 10 anni la durata del vincolo, rapportando il canone di locazione al costo della costruzione oltre che al valore di espropriazione dell'area ed agli oneri per l'urbanizzazione primaria. Il disegno di legge governativo prevedeva, inoltre, di stabilire nell'aliquota del

6,50% il reddito ricavabile del capitale impiegato. Quest'ultima proposta non è stata accolta dal Parlamento.

La più volte citata relazione ministeriale consiglia però nuovamente «di esaminare attentamente se non convenga attuare, almeno in via transitoria, una ulteriore attenuazione di alcune limitazioni, che, mentre scoraggiano le iniziative private, hanno un valore pratico molto discutibile».

Richieste di modifica nel senso suddetto sono state avanzate anche dalle associazioni dei costruttori i quali propongono una nuova formulazione dell'ultimo comma dell'art. 18 della 167 nel testo originario a suo tempo presentato al Parlamento dal Governo e l'abolizione dei termini rigidi per l'inizio e l'utilizzazione dei fabbricati autorizzati, «non potendo contribuire queste imposizioni ad incoraggiare i proprietari ad utilizzare le proprie aree per la attuazione delle costruzioni previste dai piani di zona». Si può affermare dunque che ormai da tutte le parti si riconosce l'opportunità di agevolare ulteriormente la utilizzazione diretta delle aree anche — come spiega la relazione ministeriale — «per incentivare, in concorso con l'iniziativa pubblica, la costruzione di case aventi caratteristiche più aderenti alle esigenze del mercato. E ciò tanto più che il Comune ha ampi poteri, sia per controllare tali iniziative — per quanto riguarda la loro entità e le localizzazioni — e sia per assicurare che esse non vengano realizzate in contrasto con le esigenze di un coordinato utilizzo delle aree da acquistare dal Comune e dagli enti».

Per quanto riguarda i termini per l'inizio e la ultimazione dei lavori occorre rilevare che la legge provinciale già prevede termini più ampi di quelli fissati dalla 167: 180 giorni per l'inizio contro i 120 della 167, e tre anni per l'ultimazione contro il biennio fissato dalla legge statale.

In ordine alle restrizioni di cui al secondo comma dell'art. 6 della legge vigente si propone di accogliere (art. 8) il ripristino del testo governativo contenuto nel disegno di legge di modifica della 167 che prevede in sostanza l'abolizione dei limiti sopra ricordati e l'elevazione dell'aliquota di reddito ricavabile al 6,5%.

In conformità alla nuova disciplina sulla ripartizione delle spese di urbanizzazione tra gli utenti delle aree, l'art. 7 estende tali oneri anche a carico dei proprietari delle aree che intendono costruire direttamente, dando facoltà ai Comuni di affidare l'esecuzione delle opere agli stessi proprietari. Nel limitare tali oneri rispetto a quelli prescritti nelle altre zone si intende evitare che l'accollo eccessivo di oneri comporti un notevole aumento del costo delle abitazioni con diretta incidenza sui futuri canoni di locazione.

Con l'art. 10, infine, si propone di elevare il contributo della Provincia per la redazione dei programmi di fabbricazione dal 50 al 70 per cento della spesa, qualora nel programma stesso venga incluso un piano di zona.

Lo scopo dell'insieme delle misure proposte può così riassumersi:

- 1) rendere realmente operanti i piani nel minor tempo possibile;
- 2) una soddisfacente soluzione del problema del finanziamento dell'acquisizione e dell'urbanizzazione delle aree;
- 3) garantire una rapida esecuzione delle opere di urbanizzazione, perché esse condizionano la possibilità di cessione ed il conseguente inizio dei lavori di costruzione delle abitazioni;
- 4) garantire agli enti per l'edilizia popolare la disponibilità, a prezzi accessibili, delle aree occorrenti per la realizzazione dei loro programmi, senza che essi debbano ricorrere alle lunghe procedure sinora necessarie per il loro reperimento;
- 5) assicurare una programmazione degli oneri di urbanizzazione sia nel momento previsionale che in quello attuativo, in funzione di un graduale ordinato sviluppo degli insediamenti, onde evitare certe situazioni del passato in quartieri di edilizia popolare, in cui le abitazioni non hanno potuto essere occupate a causa della mancanza dei servizi;
- 6) garantire ai privati meno abbienti, ed in particolare ai lavoratori dipendenti, la disponibilità di aree fabbricabili già urbanizzate a prezzi non speculativi e che comunque non dovrebbero superare al massimo i due terzi del costo di aree similari nelle altre zone.

La Giunta provinciale confida che i provvedimenti proposti costituiscano una valida incentivazione per tutti i Comuni ad inserire nei loro strumenti urbanistici piani di zona per l'edilizia economica e popolare, che non costituiscono soltanto il più efficace strumento operativo per una razionale sistemazione del territorio comunale, ma più ancora rappresentano una necessità sociale al fine di raggiungere uno dei fondamentali obiettivi della politica di programmazione: l'accesso di tutti i cittadini alla proprietà della casa.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della terza Commissione legislativa.

KAPFINGER (S.V.P.): Die dritte Gesetzgebende Kommission ist am 18. Jänner 1968 zusammengetreten, um den Gesetzentwurf "Weitere Be-

stimmungen, um den Erwerb von Baugründen für den Volkswohnbau zu begünstigen" zu überprüfen.

Der zuständige Assessor hat an der Sitzung teilgenommen und den Zweck des Gesetzentwurfes erläutert.

Nach Anhören Herrn Dr. Pellegrinis vom Assessorat für Finanzen schlägt die Kommission vor, den zweiten Absatz des Art. 1 zum Zwecke einer besseren Koordinierung zu streichen. Zu Art. 2 wird beantragt, die jährliche Berichterstattung über die Anwendung des Gesetzes zur Pflicht zu machen. Auf Vorschlag des Assessors werden bei Art. 4 Klarstellungen verfahrenstechnischer Art empfohlen.

Zu Art. 8 wird die Herabsetzung des Prozentsatzes von 6,5% auf 5,5% vorgeschlagen, um allzu hohe jährliche Mietzinse zu vermeiden.

Abschliessend empfiehlt die Kommission die Erstellung einer Durchführungsordnung, in der die Richtlinien für die Zulassung der Gesuche genau festgelegt sind.

Mit diesen in der Anlage erläuterten Änderungen hat die Kommission den vorliegenden Gesetzentwurf einstimmig genehmigt.

La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 18 gennaio 1968 per l'esame del disegno di legge: «Ulteriori disposizioni per favorire l'acquisto di aree fabbricabili per l'edilizia economica e popolare».

L'Assessore competente ha preso parte alla riunione, illustrando lo scopo del disegno di legge.

Sentito il parere del funzionario dell'Assessorato alle Finanze, dott. Pellegrini, la Commissione propone lo stralcio del 2° comma dell'art. 1 per necessità di coordinamento. All'art. 2 si propone l'obbligo di riferire annualmente in merito all'applicazione della legge. Su proposta dell'Assessore, all'art. 4 vengono proposte precisazioni procedurali.

Per impedire l'applicazione di canoni annui di affitto troppo onerosi, si propone all'art. 8 la riduzione della percentuale dal 6,50% al 5,50%.

La Commissione raccomanda in ultimo la disposizione di un regolamento che precisi i criteri d'ammissione delle domande.

Con le modifiche precisate in allegato, la Commissione ha approvato all'unanimità il presente disegno di legge.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Assessore Benedikter.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Die Kommission hat auf meine Anregung Änderungen vorgenommen.

Sie hat auch verlangt, dass bei der Behandlung von seiten des Ausschusses im Landtag eine Regelung hinsichtlich der Zulassungsbedingungen in den Volkswohnbauzonen vorgeschlagen werde, also festgesetzt werde, wer bauen darf; es sollten somit gewisse Grundsätze festgesetzt werden, laut denen die Zulassung vor sich geht. Die Zulassung muss absolut geregelt werden, weil es ja mehr Ansuchende als verfügbare Flächen geben wird.

Was die erste Abänderung von seiten der Kommission betrifft, ist der Landesausschuss damit einverstanden; um jedoch Missverständnisse zu vermeiden — der zugrundeliegende Gedanke ist in der Tat zu synthetisch ausgedrückt worden —, sollen noch Ergänzungen hinzukommen, so dass das, was bezweckt wird, klarer zum Ausdruck kommt und keine Auslegungsschwierigkeiten entstehen. Der Text wird zur Verteilung kommen.

Mit den übrigen Änderungen ist der Ausschuss ebenfalls einverstanden. Verteilt wird ausserdem der Text eines neuen Art. 3/bis, woraus diese Neuregelung der Zulassung zu entnehmen ist. Man stützt sich auf Bestimmungen, die bereits im ursprünglichen Gesetz Nr. 14 vom Oktober 1963 enthalten sind. Dort heisst es, dass in die Volkswohnbauzonen die Interessierten zugelassen sind, die die Voraussetzungen besitzen, um an den Vergünstigungen für den Volkswohnbau im allgemeinen teilzunehmen; diese Voraussetzungen sind folgende: Ansässigkeit in der Provinz, Höchsteinkommen von 2.500.000 Lire, die betreffende Familie darf nicht eine Wohnbauhilfe vom Staat oder von der Provinz bereits bekommen haben und darf auch nicht Eigentümerin einer Wohnung im Nahbereich sein. Diese Bestimmungen allein genügen jedoch nicht, um die Gemeinden in die Lage zu versetzen, in erster Linie die in der Gemeinde Ansässigen zu berücksichtigen, was ja ein unbedingtes Erfordernis ist. Wenn wir wollen, dass das Gesetz von den Gemeinden tatsächlich angewendet werden soll, müssen wir in dieser Hinsicht die Voraussetzung dafür schaffen. Darum heisst es in diesem Text, dass die Ansässigkeit in der Gemeinde — und nicht nur die Ansässigkeit in der Provinz — Voraussetzung sei. Nachdem es ausserdem ja auch darum geht, sogenannte Kriterien für die Bevorzugung festzusetzen — das andere sind ja die allgemeinen Zulassungsbedingungen —, wird, um hier nicht neue Probleme aufzuwerfen, die eventuell auch auf Fragen hinsichtlich der Verfassungsmässigkeit, d.h. gleiche Behandlung der Staatsbürger hinauslaufen, auf die Kriterien verwiesen, die in der Landesgesetzgebung enthalten sind.

Die anderen Kriterien kennen Sie bereits: Be-

dürftigkeit, wer weniger Einkommen hat (immer innerhalb der Grenze von 2.500.000 Lire), Anzahl der Familienangehörigen, Dauer der Ansässigkeit (das Provinzgesetz bezieht sich auf die Dauer der Ansässigkeit in der Provinz). Voraussetzung würde also die Ansässigkeit in der Gemeinde sein, jedoch hinsichtlich der Dauer nicht nur die Dauer der Ansässigkeit in der Gemeinde, sondern die unbedingte Voraussetzung ist die Dauer der Ansässigkeit in der Provinz. Wir sind davon ausgegangen, dass die Dauer der Ansässigkeit in der Provinz, auf Landesebene gesehen, einer Beschränkung auf die Dauer der Ansässigkeit in der Gemeinde vorzuziehen ist. In diesem Zusammenhang möchte ich unser Wirtschaftsprogramm erwähnen, um das Dokument hervorzuheben, worin die Landespolitik gewissermassen feierlich vom Landtag festgesetzt ist. Es ist ja vorauszusehen, dass im Zusammenhang mit dem Entstehen von Industriebetrieben oder von Industriezonen in diesen Gemeinden ein gewisser Zuzug aus anderen Gemeinden der Provinz erfolgen wird, und dieser Zuzug kann nur erfolgen — das gilt sowohl für Bozen als auch für Lana, Schlanders, Neumarkt —, wenn dafür gesorgt wird, dass diese Zuwanderer aus der Provinz über Wohnmöglichkeiten verfügen; es könnte z.B. eine Genossenschaft gebildet und in der Volkswohnbauzone ein Haus, ein Kondominium gebaut werden. Das wäre jedoch praktisch nicht möglich, wenn die Dauer der Ansässigkeit in der Gemeinde und nicht die Dauer der Ansässigkeit in der Provinz ausschlaggebend wäre, wie es für die Provinzwohnbauhilfe gilt.

Aus dieser Erwägung heraus wird auf die Dauer der Ansässigkeit in der Provinz und nicht in der Gemeinde abgestellt, d.h. es wird einfach auf die Kriterien Bezug genommen, wie sie im Landesgesetz enthalten sind, stets unter der Voraussetzung, dass die Ansässigkeit in der Gemeinde, die ja auch nur einen Tag betragen kann, tatsächlich gegeben ist.

Es dürfte vielleicht Gemeinden geben, die diese Bezugnahme auf die Dauer der Ansässigkeit in der Provinz nicht ohne weiteres verstehen und dass daher diesbezüglich auch Aufklärungsarbeit den Gemeinden gegenüber notwendig sein wird, wobei es verständlich ist, dass die Gemeinden von Haus aus den Standpunkt vertreten, dass in erster Linie die in der Gemeinde Ansässigen und nicht nur diese, sondern die Altansässigen zum Zuge kommen müssten.

Ich lasse jetzt also diese Zusatzanträge, wie sie von der Kommission verlangt wurden, in Ergänzung zu dem, was die Kommission vorgeschlagen hat, verteilen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità.

Art. 1

E' istituito il fondo di rotazione per l'acquisizione e l'urbanizzazione delle aree comprese nelle zone riservate all'edilizia economica e popolare ai sensi della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14, da determinarsi annualmente con legge di bilancio e da erogarsi a norma della presente legge.

La parte dello stanziamento non utilizzata nell'esercizio di competenza può essere utilizzata negli esercizi successivi.

Chi chiede la parola sull'art. 1? Nessuno. Metto in votazione l'art. 1: approvato all'unanimità.

Art. 2

Il fondo di cui all'articolo precedente è destinato alla erogazione di mutui senza interessi ai Comuni per l'acquisizione e l'urbanizzazione delle aree ivi indicate.

Le domande di mutuo per l'acquisizione e la urbanizzazione delle aree il cui utilizzo è previsto nei successivi due anni, da inoltrare all'Assessorato provinciale per l'edilizia popolare entro il mese di settembre di ogni anno, devono essere corredate dagli elaborati di cui ai numeri 2, 3 e 5 del terzo comma dell'articolo 2 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, modificato dall'art. 4 della presente legge.

Per l'assegnazione dei mutui richiesti la Giunta provinciale delibera un programma annuale di ripartizione del fondo per comprensori intercomunali, tenendo conto del fabbisogno di alloggi calcolato in base all'indice di affollamento delle abitazioni ed all'indice di incremento, naturale e migratorio, della popolazione, nonché degli indici di incremento delle forze di lavoro nei settori extraagricoli ed anche della necessità di una armonica distribuzione dei mezzi sul territorio della provincia.

Nella relazione al bilancio di previsione la Giunta provinciale riferisce sull'applicazione della presente legge nell'anno precedente.

JENNY (S.F.P.): Bisher ist in Südtirol die Frage der Volkswohnbauzonen nicht sehr befriedigend gelöst worden. Sie wissen, dass sich die von der S.V.P. beherrschten Gemeinden gegen die Erbauung von Volkswohnbauzonen meistens gewehrt haben, oder sie haben die Volkswohnbauzonen in irgendwelchen sumpfigen oder schroffigen Gegenden geplant, wo diesbezüglich keine Möglichkeit dafür gegeben ist. Praktische Fälle gibt es genug,

um das zu beweisen. Ausgehend von dieser Grundfassung, die dem Geiste des Gesetzes leider zur Gänze widerspricht, möchte ich eine konkrete Frage stellen. Hier ist zu entnehmen, dass der Landesausschuss ein Programm erstellen wird, wobei dieses Programm angeblich auf statistische Daten fassen soll. Wird dieses Programm dem Landtag vorher vorgelegt, oder liegt das im Ermessen des Landesausschusses? Bekommen wir, oder besser gesagt die Öffentlichkeit, die gesamte Südtiroler Öffentlichkeit, die Richtlinien, nach denen dieses Programm gemacht wird, zu sehen? Denn, wie gesagt, wenn der Landesausschuss nicht präzisere, deutlichere und strengere Richtlinien darlegt und die S.V.P.-Bürgermeister — die ja in der Mehrheit sind —, die S.V.P.-Mehrheiten nicht dahingehend aufklärt, dass die Volkswohnbauzonen wichtig und notwendig sind, und sich nicht gegen diejenigen eigenen Leute stellt, die mit allen Mitteln die Errichtung von Volkswohnhäusern in ihren Gemeinden sabotieren, dann bleibt dieses Gesetz eben ein toter Buchstabe, wie so manches Gesetz in Südtirol. Wunderschöne Gesetze also, jedoch keine praktische Anwendung, weil die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung nicht geschaffen werden. Deshalb die konkrete Frage: werden diese Programme dem Landtag vorgelegt, erfährt die Öffentlichkeit, die Presse usw. nach welchen Grundsätzen diese Programme ausgebaut werden sollen? Ansonsten fürchte ich, dass es bei einem schönen Gesetz verbleibt, dem wir unsere Zustimmung nicht versagen werden, doch — wie in vielen Dingen — wird dann so gesprochen und anders gehandelt.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Es geht um ein Programm zur Durchführung eines Gesetzes, also nicht um das Wirtschaftsprogramm, sondern, ähnlich wie beim Regionalgesetz, für die Subventionierung öffentlicher Arbeiten; auch dort ist vorgesehen, dass der Landesausschuss im Auftrag der Region Jahr für Jahr ein Programm der zur Subvention zugelassenen öffentlichen Arbeiten genehmigt. Also, ein Programm als Durchführung eines Gesetzes, welches bereits die entsprechenden Grundsätze und Richtlinien vorsieht, die eben durchgeführt werden sollen. Der Landtag kann sich somit nicht noch einmal mit der Beschlussfassung über die Durchführung des Gesetzes befassen. Das ist eine reine Verwaltungsangelegenheit. In diesem Programm soll ja — nachdem anzunehmen ist, dass mehr Gesuche einlangen werden, als berücksichtigt werden können — die Auswahl der Gesuche vorgenommen werden, wobei, wie Sie sehen, u.a. die Richtlinie vorhanden ist, wonach

diese Mittel, die verhältnismässig gering sind, wenn nicht gleichmässig, so doch in harmonischer Art und Weise auf das Gebiet der Provinz verteilt werden. Das setzt selbstverständlich voraus, dass die Gemeinden — u.zw. nicht nur die Gemeinde Bozen oder die Gemeinde Meran — tatsächlich ansuchen.

Wir haben ja bereits geltende Bebauungspläne, worin Volkswohnbauzonen vorgesehen sind, von denen die Gemeinden jedoch nicht Gebrauch gemacht haben, siehe z.B. Bruneck. Es ist allerdings so, dass in ganz Italien, wo eine Mittellinks-Regierung am Ruder ist, die Gemeinden davon zum grössten Teil nicht Gebrauch gemacht haben, und dies hauptsächlich wegen finanzieller Schwierigkeiten. Nur einige Großstädte haben davon Gebrauch gemacht, Städte wie Turin, Mailand, Rom, die sich das leisten können, d.h. auch ohne staatliche Beihilfen.

Um diesen finanziellen Schwierigkeiten abzuweichen, wird nun der Rotationsfonds eingeführt. Wir sind die einzige Provinz, die einzige autonome Einheit, die diesem Gesetz — Staatsgesetz Nr. 167, Provinzgesetz Nr. 14 vom Oktober 1963 — dadurch mehr zum Durchbruch verhilft, indem sie die finanzielle Durchführung sicherstellt. Abgesehen von der Schreibearbeit hätten die Gemeinden dann in dieser Hinsicht keine Belastung mehr: sie würden Geld bekommen, um die Sache durchzuführen, und würden es zurückgeben, sobald sie von den Baubewerbern dieselbe Summe wieder zurück erhalten haben. Wir gehen davon aus, dass das nicht nur den Wegfall der so sehr befürchteten oder nicht tragbaren finanziellen Belastung bedeutet, sondern auch einen Anreiz.

Beachten Sie bitte, dass im Gesetz auch folgendes vorgesehen ist: insofern bei Erstellung des Bebauungsplanes oder des Bauprogrammes — und jede Gemeinde ist durch das staatliche Urbanistengesetz gewissermassen dazu gezwungen — Volkswohnbauzonen vorgesehen werden, wobei keine Gemeinde darum herumkommen wird —, müssen sechzig Prozent des Wohnbedarfes für Volkswohnbauzonen reserviert werden. Wir sind davon ausgegangen, dass wenn diese Volkswohnbauzonen mit anderen Worten nichts anderes sind als Wohnbauzonen für Minderbemittelte, und wir dürfen ruhig behaupten, dass neunzig Prozent der Bevölkerung in diese Kategorie fallen, dann sind sechzig Prozent nicht zu viel. Ich möchte sagen, dass die Festsetzung dieser sechzig Prozent, diese Verpflichtung, sechzig Prozent vorzusehen, vorläufig auch wieder einmalig ist in Italien. Ich hoffe auch, dass die Gemeinden entsprechend aufgeklärt werden kön-

nen und diese Aufklärung von seiten aller Landtagsmitglieder erfolgt. Ich glaube, dass wir damit eine soziale Tat erfüllen, die tatsächlich als Umwälzung bezeichnet werden kann, vorausgesetzt, wie gesagt, dass die Gemeinden davon Gebrauch machen. Auf Grund des dadurch gegebenen Anreizes, wonach die finanziellen Bedenken wegfallen, und auf Grund der Vereinfachung, die in diesem Gesetz auch vorgenommen wird, so dass wirklich ein Mindestmass an bürokratischer Arbeit erforderlich ist, glaube ich, dass die Gemeinden gar nicht drum herumkommen, davon Gebrauch zu machen.

Wir führen damit einen sozialen Fortschritt herbei, der bis datum uns allein gelungen ist, auch der Staat hat sich bisher nicht dazu aufgerafft; für ihn ist es natürlich in erster Linie die finanzielle Seite, die das Hindernis darstellt. Was in der Provinz Bozen vielleicht mit einigen hundert Millionen bewältigt werden kann, würde für den Staat hunderte von Milliarden bedeuten.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 2: approvato all'unanimità.

Art. 3

Per ottenere l'erogazione dei mutui assegnati a norma dell'art. 2 i Comuni dovranno presentare richiesta di espropriazione ai sensi della legge regionale 17 maggio 1956 n. 7, e successive modificazioni, delle aree indicate nella deliberazione di assegnazione del mutuo.

Ai fini di un accordo bonario ai sensi del quarto comma dell'articolo unico della legge regionale 23 luglio 1964 n. 25, la indennità ivi prevista viene aumentata del dieci per cento.

I mutui destinati all'acquisizione delle aree saranno erogati con Decreto del Presidente della Giunta provinciale in base alle dichiarazioni di accordo bonario di cui al quinto comma dell'articolo unico della legge regionale 23 luglio 1964 n. 25, ovvero in caso di mancato accordo, in base all'elenco delle indennità offerte e non accettate.

I mutui riferentisi alle aree da cedere ad enti o privati ai sensi dell'art. 3 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, devono essere rimborsati alla Provincia entro 30 giorni dall'avvenuto incasso da parte del Comune del prezzo di cessione di ogni singolo lotto e comunque entro due anni dalla data del decreto di liquidazione del mutuo. Tale termine potrà essere prorogato con Decreto del Presidente della Giunta provinciale su motivata richiesta del Comune interessato fino ad un massimo di altri due anni limitatamente agli importi afferenti

lotti per i quali non è stato possibile perfezionare l'atto di cessione. Alla scadenza del suddetto termine di proroga il mutuo dovrà essere estinto indipendentemente dall'avvenuta cessione delle aree.

I mutui che sono stati utilizzati per l'acquisizione delle aree destinate alle opere di urbanizzazione primaria di cui allo ultimo comma dell'art. 3 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, sostituito dall'art. 5 della presente legge, potranno essere ammortizzati mediante cessione da parte del Comune alla Provincia del contributo quindicennale di cui alle leggi regionali 1 luglio 1963 n. 17 e 29 maggio 1964 n. 22, e comunque entro un periodo non superiore agli anni 16. Le rate annuali di rimborso non coperte da contributo regionale sono garantite con le disponibilità sui proventi indicati al secondo comma dell'art. 2 della legge statale 29 settembre 1964 n. 847.

I mutui concessi per le opere di urbanizzazione primaria di cui al comma precedente saranno erogati con Decreto del Presidente della Giunta provinciale su presentazione del progetto esecutivo debitamente approvato, sentito il competente organo consultivo di cui alla legge regionale 25 novembre 1963 n. 31. Al suddetto progetto esecutivo dovrà essere allegato un piano di ripartizione delle spese di urbanizzazione primaria a norma del secondo comma dell'art. 3 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, modificato dall'art. 5 della presente legge, sulle aree servite dalle opere previste. L'ammontare del mutuo non potrà superare il costo approvato delle opere progettate. Per quanto riguarda il rimborso si osservano le disposizioni di cui al quarto comma del presente articolo.

Le somme rimborsate dai Comuni a norma del presente articolo affluiranno al fondo di cui all'art. 1.

SPÖGLER (S.V.P.): Wir wissen, dass sehr viele Gemeinden, oder vielleicht die meisten Gemeinden nicht in der Lage sind, Gelder der öffentlichen Hand zu beanspruchen, weil sie die notwendigen Garantien hierfür nicht leisten können. Ich möchte den Herrn Assessor im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf fragen, ob die Gemeinden, falls sie diese zinsenlosen Gelder seitens der Landesverwaltung beanspruchen, hierfür Delegationen erbringen müssen, d.h. in irgendwelcher Form Garantie leisten müssen. Das scheint mir eine wesentliche Frage zu sein, weil ansonsten die Gemeinden dieses ausserordentlich günstige Gesetz nicht in Anspruch nehmen könnten.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): So wie das Gesetz

verfasst ist, und auch in der Absicht deren, die dasselbe vorgeschlagen haben, ist an keine Garantie von Seiten der Gemeinden gedacht worden. Die Gemeinden schlagen vor, wieviel sie sich auf Grund eines Zehn-Jahres-Planes vornehmen, zu enteignen oder auch auf gutlichem Wege zu erwerben; daraufhin erfolgt die Zuwendung. Die Mittel müssen allerdings, wie es heisst, auf das ganze Land in angemessener Art und Weise verteilt werden. Die Garantieleistung wäre um so weniger am Platze, als ja die Gemeinden diese Baugründe samt den Erschliessungskosten, die sie aufwenden, wieder abgeben. Das Zurückzahlen dieser Mittel geht davon aus, dass die Gemeinden die Mittel hereinbekommen.

SPÖGLER (S.V.P.): Eine Zusatzfrage noch. Wenn eine Gemeinde aus irgendeinem Grund dieses Geld nicht zurückzahlt, welche Handhabe hat dann die Landesverwaltung, um zu diesem Geld zu kommen? Auch diese Frage müsste eine gesetzliche Regelung finden.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Die Handhabe besteht darin, dass diese Rückzahlung eine gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinde darstellt. Sobald auch der verlängerte Termin abgelaufen ist, kann der Landesausschuss, falls er es will, den entsprechenden Betrag von Amts wegen in den Gemeindehaushalt zwecks Abzahlung eintragen lassen.

PRESIDENTE: Chiede ancora qualcuno la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 3: approvato a maggioranza con una astensione.

Art. 4

L'art. 2 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, è sostituito dal seguente:

«Il piano delle zone riservate all'edilizia economica e popolare ai sensi dell'art. 1, da inserire nel piano regolatore generale rispettivamente nel programma di fabbricazione, deve contenere un programma concreto di utilizzo coordinato delle aree, specificando, se del caso, gli enti di cui all'art. 3.

Il piano deve contenere i seguenti elementi:

- a) la rete stradale e la delimitazione degli spazi riservati ad opere ed impianti di interesse pubblico, nonché ad edifici pubblici o di culto;*
- b) la suddivisione in lotti delle aree, con l'indicazione della tipologia edilizia, l'ubicazione e la volumetria dei singoli edifici;*
- c) la profondità delle zone laterali a opere pubbliche, la cui occupazione serva ad integrare le fi-*

nalità delle opere stesse ed a soddisfare prevedibili esigenze future.

Il progetto del piano è costituito dai seguenti elaborati:

- 1) planimetria in scala non inferiore a 1:10.000, contenente le previsioni del piano regolatore o del programma di fabbricazione, con la precisa individuazione delle zone destinate all'edilizia popolare;*
- 2) planimetria in scala 1:1440, disegnata sulla mappa catastale e contenente gli elementi di cui al comma precedente;*
- 3) gli estratti tavolari e fogli di possesso delle aree comprese nel piano;*
- 4) le norme di attuazione o di regolamento edilizio concernente l'esecuzione del piano;*
- 5) relazione illustrativa con previsione di larga massima della spesa occorrente per l'acquisizione ed urbanizzazione primaria e secondaria delle aree comprese nel piano.*

Al programma di fabbricazione contenente un piano di zona per l'edilizia economica e popolare si applica quanto disposto agli artt. 22, 23 e 25 della L.P. 10.7.1960, n. 8, in merito alla formazione, approvazione, efficacia e salvaguardia dei piani particolareggiati.

I termini di cui all'art. 16 della L.P. 10.7.1960, n. 8, sono ridotti alla metà. Le misure di salvaguardia di cui all'art. 25 della L.P. 10.7.1960, n. 8, sono obbligatorie.

L'approvazione del piano equivale anche a dichiarazione di pubblica utilità, di indifferibilità ed urgenza di tutte le opere, impianti ed edifici in esso previsti. La indicazione nel piano delle aree occorrenti per la costruzione di edifici scolastici sostituisce a tutti gli effetti la dichiarazione di idoneità prevista dall'art. 7 della legge statale 24 luglio 1962, n. 1073.

Le disposizioni di cui ai commi precedenti si applicano anche ai piani di zona relativi alle zone riservate all'edilizia economica e popolare in piani regolatori vigenti o adottati con delibera del Consiglio comunale alla data di entrata in vigore della presente legge.

Il fabbisogno dei vani cui deve corrispondere il piano di zona è determinato nella misura minima del 60 per cento del prevedibile fabbisogno di edilizia residenziale calcolato per almeno un decennio.

L'estensione delle aree da includere nel piano è determinata in rapporto ad una densità territoriale minima di 150 abitanti per ettaro, nonché ad una densità edilizia, compresa tra gli 80 ed i 100 mc. per abitante.

dieser Verpflichtung nicht nachkommt, der Landesausschuss an ihrer Stelle einen Beschluss fassen kann. Das ist bisher noch nie erfolgt. Der Landesausschuss hat ein paar Mal Termine festgesetzt und hat nach Ablauf dieser Termine von dieser Ersatzvornahme Gebrauch gemacht. Ich bin an sich schon der Ansicht, dass damit rein sachlich und verfahrensmässig die Voraussetzung geschaffen ist, damit die Gemeinden auch Volkswohnbauzonen vorsehen. Der Landesausschuss schlägt dem Landtag die Genehmigung eines Bebauungsplanes vor und derselbe kann Abänderungen vorschlagen. Wenn eine Gemeinde keine Volkswohnbauzone vorgesehen hat, so kann der Landesausschuss beim Vorschlag des Bebauungsplanes dem Landtag zum Erlass des Gesetzes Abänderungen vorschlagen. Der Landesausschuss hat bereits in gewissen Fällen vorgeschlagen, dass Volkswohnbauzonen vorgesehen werden oder dass die bereits bestehenden vergrößert werden. Dies kann auch die Landtagskommission tun, so wie es bereits beim Bebauungsplan von Terlan geschehen ist. Im dortigen Bebauungsplan waren keine Volkswohnbauzonen vorgesehen und zumindest die Hälfte dieser 3 ha sollte als Volkswohnbauzone erklärt werden, was dann vom Landtag auch genehmigt wurde. Also sind in diesem Fall, auf Grund einer Vollmacht, die der Landtag innehat, zwei Volkswohnbauzonen vorgesehen worden; die Gemeinde war damit einverstanden, selbst wenn sie ursprünglich nichts dergleichen vorgesehen hatte. In diesem Fall hat das Land an Stelle der Gemeinde die Volkswohnbauzonen vorgesehen. Diese Möglichkeit ist also gegeben.

Wer hilft der Gemeinde finanziell? Sie wissen, dass diese Volkswohnbauzonen im Zuge der ersten Erstellung der Bebauungspläne oder der Abänderung von Bebauungsplänen, bzw. der Bauprogramme vorgesehen werden müssen. Die Bebauungspläne und die Bauprogramme werden, was das Kartenmaterial betrifft, zur Gänze von der Provinz bestritten. Das beträgt pro Gemeinde durchschnittlich 5 Millionen Lire. Das Honorar der Techniker wird, sowohl für die Bebauungspläne als auch für die Bauprogramme, zumindest zur Hälfte vom Land bestritten, wobei bei den Bauprogrammen der armen Gemeinden der Prozentsatz bis zu 70% erhöht werden kann. Das bedeutet, dass ein Bauprogramm zwischen 5 und 6 Millionen Lire kostet. Der Gemeinde kostet er jedoch höchstens eine halbe Million. Man kann hier wirklich sagen, dass die Provinz den Gemeinden die Durchführung dieses Systems erleichtert.

Die Techniker, die die Bebauungspläne oder die Bauprogramme ausarbeiten, sind dazu beru-

fen, Volkswohnbauzonen auf Angaben der Gemeinden vorzusehen. Es ist jetzt üblich, dass in jeder Gemeinde eine Kommission erstellt wird, wo auch ein Beamter des Landes vertreten ist, der entsprechende Hinweise geben kann. Somit werden diese Bauprogramme oder Bebauungspläne nicht von den Beamten des Landes, sondern von den Technikern erstellt. Wir übergeben der Gemeinde Listen von Technikern, Ingenieuren und Architekten, die sich bereit erklärt haben und auch verantwortlich befähigt sind, Bauprogramme auszuarbeiten. Die Gemeinde erteilt den Auftrag. Die Beratung der Gemeinde und der Techniker erfolgt durch die Landesbeamten. Wir haben zu diesem Zweck einen Architekten, zwei Ingenieure und zwei, drei Geometer zur Verfügung.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno.

Metto prima in votazione l'emendamento che è stato letto precedentemente: approvato all'unanimità.

Metto in votazione l'art. 4 così emendato: approvato a maggioranza con tre astensioni.

Art. 5

L'art. 3 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, è sostituito dal seguente:

«I Comuni possono acquistare, anche mediante esproprio a norma della legge regionale 17 maggio 1956 n. 7, e successive modifiche, le aree comprese nel piano e sono autorizzati a cederne il diritto di superficie o a rivenderle, previa urbanizzazione e fatti salvi i diritti dei proprietari a norma del successivo articolo 4, a privati o agli enti, istituti e società di cui all'art. 16 del T.U. delle disposizioni sull'edilizia popolare ed economica, approvato con R.D. 28 aprile 1938 n. 1165, e successive modificazioni, che si impegnino a realizzare la costruzione di case economiche o popolari.

Il prezzo di cessione deve essere determinato sulla base del prezzo di acquisto o della indennità di esproprio, maggiorato delle spese sostenute per le opere di urbanizzazione primaria, escluso il costo delle relative aree, tenendo conto della destinazione e dei volumi edificabili.

Sono da considerarsi opere di urbanizzazione primaria ai sensi del presente articolo:

- a) strade residenziali;
- b) spazi di sosta e di parcheggio;
- c) fognature;
- d) rete idrica;
- e) rete di distribuzione dell'energia elettrica e del gas;

- f) pubblica illuminazione;
g) spazi di verde attrezzato».

Chi chiede la parola sull'art. 5? Nessuno. Metto in votazione l'art. 5: approvato a maggioranza con due astensioni.

E' stato presentato un altro emendamento che tende ad istituire l'art. 5-bis:

«Dopo l'art. 3 della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14, è inserito il seguente art. 3-bis:

Art. 3/bis

«Entro il primo bimestre di ogni anno, in relazione alle aree il cui utilizzo è previsto nei prossimi due anni e per le quali è stata presentata richiesta di espropriazione ai sensi della legge regionale 27 maggio 1965, n. 5, e successive modifiche, possono presentare domanda di acquisto per gli scopi di cui al primo comma dell'art. 3 i privati singoli o associati in cooperative che abbiano la residenza stabile nel Comune e si trovino nelle condizioni di essere beneficiari delle agevolazioni per l'edilizia popolare a norma della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche. Si applicano i primi due commi dell'art. 4 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche. L'assegnazione è disposta con delibera della Giunta comunale, tenuto conto del fabbisogno di aree per le costruzioni da parte degli enti di cui al primo comma dell'art. 3 e delle aree di cui all'art. 4, sulle quali i proprietari abbiano richiesto di costruire in proprio case popolari.

I progetti delle costruzioni previste sulle aree di cui alla presente legge, debbono essere preventivamente approvati dal Presidente della Giunta provinciale su proposta dell'Assessore competente agli effetti dell'art. 50 del testo unico delle disposizioni sull'edilizia economica e popolare approvato con R.D. 28 aprile 1938, n. 1165, modificato dall'art. 4 della legge 11 luglio 1942, n. 843, per accertare che le costruzioni siano di tipo economico o popolare».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 5/bis: approvato a maggioranza con tre astensioni.

Art. 6

L'art. 4, primo comma, della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14, è sostituito dal seguente:

«I proprietari delle aree comprese nei piani approvati ai sensi della presente legge e non destinate nei piani stessi agli usi previsti dall'art. 2, secondo comma, lettere a) e c), possono, entro il mese di agosto di ogni anno, presentare domanda al Comune di costruire direttamente, sulle aree stesse, fabbricati aventi caratteristiche di abitazione di tipo economico o popolare».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 6: approvato a maggioranza con una astensione.

Art. 7

All'art. 4 della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, sono aggiunti i seguenti commi:

«Le spese di urbanizzazione primaria, di cui all'ultimo comma dell'art. 3, sono a carico dei proprietari, in proporzione al volume edificabile consentito, e devono essere rimborsate al Comune all'atto della concessione della licenza edilizia.

Il Comune ha la facoltà di affidare l'esecuzione delle opere stesse ai proprietari, con le modalità e per l'importo di spesa relativo da stabilirsi in sede di stipulazione di apposita convenzione».

Chi chiede qualcuno la parola sull'art. 7? Nessuno. Metto in votazione l'art. 7: approvato all'unanimità.

Art. 8

L'art. 6, secondo comma, della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14, è sostituito dal seguente:

«Per i primi 10 anni dalla data di rilascio della licenza di uso, gli alloggi di cui è ammessa la costruzione a norma dell'art. 4, possono essere dati in locazione per un canone annuo non superiore, al netto delle spese di gestione e di manutenzione ordinaria, al 5,50 per cento del costo di costruzione dell'alloggio, determinato dall'organo tecnico dell'Assessorato competente, più le corrispondenti quote del valore dell'area nella misura determinata ai sensi dell'art. 3».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 8: approvato all'unanimità.

Art. 9

L'art. 18 della legge provinciale 29 dicembre 1966, n. 14, è abrogato.

Chi chiede la parola sull'art. 9? Nessuno. Metto in votazione l'art. 9: approvato all'unanimità.

Art. 10

L'ultimo comma dell'art. 31 della legge provinciale 10 luglio 1960 n. 8, aggiunto con l'art. 20 della legge provinciale 29 dicembre 1966 n. 14, è sostituito dal seguente:

«La Provincia concorre alla metà della spesa riconosciuta ammissibile dalla Giunta provinciale per la redazione del programma di fabbricazione a favore dei Comuni per i quali non è obbligatoria la redazione del piano regolatore. Il contributo viene aumentato al 70 per cento della spesa per quei Comuni che includono nel programma di fabbricazione un piano di zona ai sensi della legge provinciale 21 ottobre 1963 n. 14, e successive modifica-

zioni, o un piano di risanamento edilizio in zone depresse ai sensi della legge provinciale 29 dicembre 1966 n. 14».

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident, Herr Assessor! Sie haben die Frage, die ich vorhin gestellt habe, insofern beantwortet, als Sie gesagt haben, der Landesausschuss verfüge über eine Liste von Herren, die das Vertrauen des Landesausschusses geniessen oder die befähigt sind, diese Dinge durchzuführen. Ich frage mich nun, warum nicht das Land einen entsprechenden Stab von Herren für diese Angelegenheiten zur Verfügung stellt, denn das sind, selbst wenn das Land zu einem grossen Teil dazu beiträgt, erhebliche Ausgaben, die vermeidbar wären. Ich weiss, dass in den österreichischen Bundesländern solche Stäbe in der Landesregierung im allgemeinen schon vorhanden sind, u.zw. sind das Fachleute, die an und für sich die Gemeinden in dieser Hinsicht beraten. Dasselbe gilt glaube ich für die Schweiz, wo auch die Städte oder die Kantone entsprechende Fachleute im öffentlichen Dienst haben, die sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen. Nicht jede Gemeinde wird immer gut beraten, denn man kann die Gemeinde nicht zwingen, diesen oder jenen Herrn heranzuziehen. Darunter leidet wohl auch die Einheitlichkeit der Konzeption. Sie wissen ja, was beim Bebauungsplan von Bruneck in diesen sieben Jahren alles passiert ist. Abgesehen davon, besteht stets die Gefahr, dass der Private dem Druck gewisser Interessengruppen ausgesetzt ist. Das müssen wir ganz offen sagen. Der Freiberufler ist, besonders wenn sich die Dinge so lange hinausziehen wie in Bruneck, einem gewissen Druck ausgesetzt. Darum glaube ich, wäre es sicherlich richtig, wenn man sich, um alle diese Mängel und um alle diese Schwierigkeiten, die sich in der Praxis ergeben, zu beheben, mit dem Gedanken befassen würde, einen solchen Stab von Fachleuten vorzusehen.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Es stimmt, dass in Österreich oder in der Schweiz die Landes- bzw. die Kantonsregierungen über Stäbe von Fachleuten verfügen, welche die Bauprogramme, die Bebauungspläne, die Bauleitpläne für die Gemeinden ausarbeiten. Doch um nachzukommen, müssten wir dafür nicht zwei Ingenieure, einen Architekten und zwei, drei Geometer einstellen, sondern diese Summe mal zehn. Ich glaube jedoch, dass dies nicht im Sinne des Landtages, im Sinne einer öffentlichen Verwaltung wäre, die nicht nach dem Parkinson-Gesetz, sondern nach dem Gesetz des grössten Erfolges mit einem Mindestaufwand

vorgehen sollte. Auf der anderen Seite würden sich die Berufsgruppen, die sogenannten Berufskammern der Ingenieure, der Architekten, u.s.w. höchstwahrscheinlich beklagen, dass ihnen hier die öffentliche Hand Möglichkeiten an beruflicher Tätigkeit wegnimmt, was jedenfalls nicht dem heutigen System gelegen ist. Wir übergeben den Gemeinden, sofern sie es verlangen, nicht eine Liste der Techniker, die unser Vertrauen geniessen, sondern wir haben bei den Berufskammern beantragt, sie mögen uns Techniker angeben, die sich für diese besondere Arbeit interessiert haben und die auch erklären, dass sie dafür eine einschlägige Vorbereitung besitzen. Die Ausarbeitung von Bebauungsplänen und von Bauprogrammen erfordert heutzutage eine gewisse Sonderausbildung, und nicht alle akademischen Techniker haben diese Sonderausbildung genossen. Letzten Endes muss der Gemeinderat — wenn die Gemeindeautonomie in dieser Hinsicht aufrecht bleiben soll — diesen Bebauungsplan oder dieses Bauprogramm auf jeden Fall beschliessen. Ob nun alles hier beim Landesplanungsamt ausgearbeitet würde oder ob das ein Freiberufler macht, das muss ja vom Gemeinderat beschliessen werden. Der Gemeinderat weigert sich offensichtlich, Dinge zu beschliessen, die seinem Konzept nicht einigermaßen entsprechen. Man kann zwar sagen: ihr müsst eine Volkswohnbauzone ausweisen, ihr müsst die gesetzlichen Bestimmungen einhalten, ihr könnt nicht willkürlich vorgehen, doch letzten Endes muss dies der Gemeinderat beschliessen. Wenn er es nicht tut, dann könnte zwar der Landesausschuss die Ersatzvornahme vornehmen, jedoch ist dies bestimmt nicht der normale Weg, den man beschreiten sollte. Entweder wir müssen, was diesen Punkt anbelangt, die Gemeindeautonomie abschaffen, oder den Gemeinden bei Beschlussfassung ihres Bebauungsplanes im Rahmen der Gesetze, die, wie Sie sehen, zum Teil sehr einschneidend sind, anheimstellen, sie sollen ihre Politik aufgrund der gesamten Entwicklung des Gemeindegebietes betreiben.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 10: approvato a maggioranza con tre astensioni.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Consigliere Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Mi sento completamente tranquillo di fronte ad un disegno di legge di questo tipo. Dico subito, a titolo di incoraggiamento per la Giunta, che ripeterò qui in aula il voto favorevole dato in Commissione. E' un voto favorevole destinato al principio che stà al fondo della legge, cioè il principio di creare questo fondo di

rotazione a favore dei Comuni. E' un principio che per la prima volta, se non vado errato, viene applicato nel nostro Paese, ed è un principio che presenta un certo interesse. Voto a favore di questo principio, di questo piccolo, modesto passo avanti.

Dico però subito, signor Assessore, che ho fortissime perplessità sulla reale incidenza di questa legge per quanto riguarda la situazione edilizia. Questa legge si riallaccia a tutta una serie di provvedimenti che sono stati varati su scala nazionale e recepiti su scala locale in particolare per quanto riguarda la legge n. 167, che è stata recepita dalla Provincia. La mia perplessità di fondo riguarda la idoneità di questo disegno di legge ad incidere su quello che è il problema di fondo nella nostra provincia per quanto riguarda l'edilizia, in particolare l'edilizia popolare, cioè il costo delle aree. Questo disegno di legge può si portare per certe zone e per certi Comuni ad incrementare un tipo di edilizia a costi più bassi di quelli normali di mercato, però una vera e propria funzione calmieratrice sul costo delle aree, funzione calmieratrice che noi dovremmo e potremmo attenderci da una Giunta provinciale che beneficia di una competenza primaria in materia di urbanistica, ebbene questa legge questa funzione non l'ha e non la può avere. Quindi, la legge avrà scarsa incidenza per quanto riguarda la funzione calmieratrice delle aree ed il costo generale degli alloggi.

Poi c'è l'incertezza nell'applicazione e nelle dimensioni di applicazione di questa legge. Non dimentichiamoci che la formula di cui all'art. 2, per quanto riguarda un'armonica distribuzione nel territorio della provincia, è una dizione, una locuzione che ci lascia soddisfatti sul piano formale, ma dovremo vedere in concreto come questa armonia si sviluppa. Qui è facile prevedere come tutte le incertezze sul tipo di sviluppo che avranno i nostri paesi e le nostre città incideranno negativamente sull'applicazione di questa legge.

Infine, c'è la modestia dei fondi. E' indubbio che con 250 milioni all'anno non si possono fare grandi cose, anche perchè il meccanismo di pagamento delle aree è un meccanismo che non sacrifica il privato, ma lo retribuisce piuttosto bene.

Dò il voto favorevole, quindi, proprio a titolo dimostrativo, cioè per dimostrare come la nostra opposizione non sia preconcepita e come non appena si apre un sia pur misero, piccolissimo lumicino che faccia sperare un certo mutamento di indirizzo noi siamo pronti ad esaminare le cose con la serenità e con l'obiettività che mi sembra caratterizzi la nostra opposizione. Questa spintarella noi la vogliamo dare in questa occasione, anche per l'originalità

della concezione di questo fondo di rotazione. Lunghi da noi, ripeto, il dare una fiducia illimitata, lunghi da noi il voler pensare che questo possa essere uno strumento che abbia quella funzione calmieratrice di cui parlavo prima. Assessore Benedikter, entro questi limiti assai circoscritti ed assai ben delimitati questa volta il nostro gruppo dà voto favorevole.

JENNY (S.F.P.): Meine Damen und Herren! Es ist schon vom Vorredner gesagt worden, dass an und für sich die Festlegung dieses Rotationsfondes sicherlich grundsätzlich gut ist, doch es besteht auch die Tatsache, dass bisher mehr oder weniger die gleichen politischen Vertreter, die dieses Gesetz in der Mehrheit beschliessen, sich um diese Dinge praktisch kaum gekümmert haben. In den zum Grossteil von der SVP beherrschten Gemeinden ist der Volkswohnbau mit grösstem Abscheu und mit grösster Reserve betrachtet worden, eine Tatsache, die uns wohl zum Nachdenken zwingt. Ich kenne Gemeinden, in welchen man lieber als einen Grund für den Volkswohnbau zur Verfügung zu stellen, diesen irgendeinem Armenfonds angegliedert hat, um ja nicht diese Entscheidung treffen zu müssen. Das Gesetz ist wunderschön. Soziale Gesetze gibt es eine ganze Reihe, doch es kommt auf die Durchführung an. Die Soziale Fortschrittspartei kann diesen Vertrauensvorschuss nicht so grosszügig handhaben. Das Gesetz wird sowieso mehrheitlich von der SVP beschlossen, wir aber müssen uns enthalten, um die praktische Durchführung abzuwarten. Wir betonen ausdrücklich, dass dieses Gesetz, trotz mancher technischer Mängel, die ich bei den einzelnen Artikeln aufzeigen musste, sicherlich einen Fortschritt bedeutet. Nun kommt es darauf an, dass diese Herren, die von der SVP kontrolliert werden, durch dieses Gesetz praktisch beweisen sollen, dass sie die Richtlinien, den Geist dieses Gesetzes erfüllen. Deshalb ist unsere Stimmenthaltung nichts Negatives, sondern wir hoffen nur, dass dieses Gesetz angewendet wird. Der Mehrheit von vorneherein einen Blankoscheck in dieser Hinsicht zu überreichen, dazu können wir uns nicht aufraffen. Unser Wunsch ist, dass dieses Gesetz Anwendung finde und dass endlich die Gemeinden — Herr Assessor Benedikter weiss, dass es eine ganze Reihe von solchen Gemeinden gibt — Verständnis und praktische Initiativen für die Errichtung des Volkswohnbaues zu Tage legen. Dazu gehört aber auch eine Aufklärungspropaganda, die jedoch bisher gerade von der SVP meistens im negativen Sinne betrieben worden ist. Ob die SVP diese psychologische Sinnesänderung durchsetzen wird, werden wir in einem Jahr in der Praxis sehen.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich habe überhaupt nicht die Absicht gehabt, vor der Verabschiedung dieser Gesetzesvorlage das Wort zu ergreifen. Ich möchte nur die Aufmerksamkeit auf das lenken, was der Herr Assessor eingangs erwähnt hat, u.zw. dass wir die erste autonome Einheit sind, die überhaupt ein solches Gesetz verabschiedet. Das nur als Antwort auf die grosse Abscheu, die die SVP bezüglich des Volkswohnbaues gehabt hätte. Im übrigen erübrigt es sich auf gewisse übliche Ausserungen näher einzugehen. Es ist selbstverständlich, dass wir für diesen Gesetzentwurf stimmen werden.

PRESIDENTE: Chiede ancora qualcuno la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheimabstimmung)

PRESIDENTE: Esito della votazione: votanti 18, 15 sì, 3 schede bianche. La legge è approvata.

Passiamo al terzo punto dell'ordine del giorno: «Disegno di legge provinciale n. 65/67: «Fondo per interventi di emergenza nel settore dell'edilizia economica e popolare».

3. Punkt der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 65/67: "Fonds für Notstandshilfen auf dem Gebiete des Volkswohnbaues".

Relazione della Giunta.

Der beiliegende Gesetzesentwurf, der sowohl das Sachgebiet der Volkswohnhäuser nach Art. 11, Nr. 11, als jenes der Einrichtungen für erste Hilfsleistung in öffentlichen Notstandsfällen nach Art. 14 des gleichen Art. 11 des Verfassungsgesetzes vom 26. Februar 1948, Nr. 5, betrifft, ist ausgearbeitet worden, um ein juridisches Instrument zu schaffen, durch das die autonome Provinz in die Lage versetzt werden soll, auf einem Sachgebiet primärer Kompetenz, wie jenem des Volkswohnbaues, in Notstandsfällen, die infolge von Naturkatastrophen eintreten, einzuschreiten.

Bekanntlich wurde im Rahmen der vom Staat getroffenen Maßnahmen zugunsten der von den Unwetterkatastrophen im Herbst 1966 betroffenen Bevölkerung in das Gesetzesdekret 18. November 1966, Nr. 976, umgewandelt in das Gesetz 23. Dezember 1966, Nr. 1141, der Art. 88/bis eingefügt, welcher vorsah:

"Mit Dekret der zuständigen Minister wird den Regionen und Provinzen mit Sonderstatut, auf deren Gebiet sich die in den vorhergehenden Artikeln erwähnten Naturkatastrophen ereignet haben,

ein Anteil der durch das vorliegende Dekret und das Gesetzesdekret 9. November 1966, Nr. 914, bewilligten Beträge, im Zusammenhang mit jenen Sachgebieten zugewiesen, in denen diese Regionen und Provinzen primäre Gesetzgebungsbefugnis auf Grund der jeweiligen Statuten zusteht.

Die Verwaltungsbefugnisse, die im vorliegenden Dekret und im Gesetzesdekret 9. November 1966, Nr. 914, sowie in den diesbezüglichen Bezugsbestimmungen vorgesehen sind, werden in den Sachgebieten, in denen die Regionen und Provinzen mit Sonderstatut Gesetzgebungsbefugnis haben, von den zuständigen regionalen oder provinziellen Organen ausgeübt".

Obwohl der Landesausschuß am 11., 14. und 25. Jänner 1967 brieflich und am 17. Februar 1967 telegraphisch die Herausgabe der im Sinne des genannten Artikels zu treffenden Verfügungen urgirt hat, um die Grenzen und die Tragweite der Ausübung der darin vorgesehenen Verwaltungsbefugnisse, insbesondere auf dem Gebiete des Volkswohnbaues, zu klären, und obwohl das Ministerpräsidium an die zuständigen Ministerien am 7. März 1967 eine gleiche Aufforderung gerichtet hat, sind bis heute die entsprechenden Dekrete nicht erlassen worden. Im Gegenteil: der Vizeregierungskommissär hat mit eigenem Rundschreiben 10. Jänner 1967, Nr. 173, allen Gemeinden und allen interessierten Ämtern und Verbänden bekanntgegeben, daß die Gesuche zur Erlangung der Beiträge "für die Ausbesserung oder den Wiederaufbau von privaten Wohngebäuden jeder Art und Bestimmung an die zuständigen Staatsbauämter" zu richten seien. Sowohl in Hinblick auf den vom Staatsgesetz festgesetzten Termin für die Einreichung der Gesuche, als auch um die Betroffenen von allfälligen materiellen Schäden infolge der eingetretenen Verwirrung zu bewahren, mußte sich die Provinz enthalten, Gesuche anzunehmen, so daß die autonome Körperschaft, der auf Grund des Gesetzes die Ausübung der Verwaltungsbefugnisse auf diesem Gebiet zusteht, selbst heute weder die Zahl der eingereichten Gesuche noch viel weniger die Höhe der Schäden auf diesem Sektor kennt.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß der genannte Art. 88/bis die Übertragung der Verwaltungsbefugnisse auf die Provinz auf dem Sachgebiet der Einrichtungen für erste Hilfsleistung in öffentlichen Notstandsfällen nicht nur in bezug auf die im Gesetz Nr. 1142 vorgesehenen Befugnisse bewirkt hat, die sich zeitlich erschöpfen, sondern auch hinsichtlich der allgemeinen und zeitlich unbeschränkten Befugnisse, wie sie im kgl. Gesetzesdekret 9. Dezember 1926, Nr. 2389, umgewandelt in das Gesetz 25. März 1928, Nr. 833 und

im Gesetzesdekret 12. April 1948, Nr. 1010, vorgesehen sind.

Bei dieser juristischen Sachlage und auf Grund der o.e. Erfahrungen hielt jedoch der Landesauschuß die Vorlage von Bestimmungen als unauf-schiebbar, durch welche die Materie autonom geregelt wird, auch um die effektive Ausübung der der autonomen Provinz zustehenden Verwaltungsbefugnisse im Falle von neuen Katastrophen sicherzustellen.

Eine Regelung dieser Materie hat sich auch als notwendig herausgestellt, um in Notstandsfällen beschränkten Umfangs einschreiten zu können, für die der Staat keine eigenen Hilfsmaßnahmen vorsieht, wie im Falle der Erdbewegung vom Frühjahr 1967 in der Ortschaft Latsch, durch die einige Wohnungen beschädigt worden sind.

Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzesentwurfes bedürfen keiner besonderen Erläuterung, umso mehr als sie sich an die Grundsätze der staatlichen Gesetzgebung auf diesem Gebiet anlehnen, insbesondere an das Gesetz 9. April 1955, Nr. 279 und an die anlässlich der Überschwemmung des Jahres 1966 erlassenen Gesetze.

So sieht der Art. 1 die drei "traditionellen" Formen der Hilfsmaßnahmen vor: Beiträge für die Ausbesserung und den Wiederaufbau, Bau von Wohnungen für die Obdachlosen, sowie Ankauf von Wohnungen.

Der Art. 2 regelt die Finanzierung des für die Hilfsmaßnahmen bestimmten Fonds, so daß künftighin die vom Staat für diese Zwecke zur Verfügung gestellten und der autonomen Provinz zugewiesenen Mittel automatisch diesem Fonds zufließen und gemäß Landesgesetz verwendet werden.

Im Art. 3 wird das Ausmaß der Beiträge für die Ausbesserung oder den Wiederaufbau bestimmt und deren Höchstgrenzen, je nach Größe der beschädigten Wohnung, während die Formalitäten hinsichtlich der Einreichung der Gesuche, der Genehmigung und Auszahlung der Beiträge im Art. 4 geregelt sind.

Der Art. 6 bringt einige Beschränkungen des Anspruchrechtes auf die im Gesetz vorgesehenen Hilfsmaßnahmen und der Art. 7, schließlich, enthält die Bestimmung über die Anwendbarkeit dieses Gesetzes auf die Ortschaft Latsch, im Zusammenhang mit der Erdbewegung vom Frühjahr 1967.

L'allegato disegno di legge, riguardante sia la materia delle case popolari, di cui all'art. 11, n. 11, sia quella di pronto soccorso di cui al n. 14 dello stesso articolo 11 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, è stato predisposto onde ovviare alla

manca di uno strumento giuridico il quale consenta alla Provincia autonoma di intervenire, in un settore di sua competenza primaria quale quello dell'edilizia economica e popolare, in casi di emergenza determinata da eventi calamitosi.

E' noto, infatti, che nell'ambito delle provvidenze disposte dallo Stato in favore delle popolazioni dei Comuni colpiti dalle alluvioni e mareggiate dell'autunno del 1966, nella legge 23 dicembre 1966, n. 1141, di conversione del Decreto-legge 18 novembre 1966, n. 976, è stato inserito l'articolo 88/bis che disponeva:

«Con decreto dei Ministri competenti è assegnata alle Regioni e Provincie a statuto speciale, nei cui territori si siano verificati gli eventi calamitosi di cui agli articoli precedenti, una quota parte degli stanziamenti autorizzati dal presente decreto e dal decreto-legge 9 novembre 1966, n. 914, in relazione alle materie su cui le Regioni e le Provincie medesime hanno competenza legislativa primaria in base ai rispettivi Statuti.

I poteri amministrativi previsti dal presente decreto e dal decreto-legge 9 novembre 1966, n. 914, e dalle norme in essi richiamate, sono esercitati, nelle materie su cui le Regioni e le Provincie a statuto speciale hanno competenza legislativa, dagli organi regionali o provinciali competenti».

Malgrado la Giunta provinciale abbia con lettere 11, 14 e 25 gennaio 1967, nonché con telegramma del 17 febbraio 1967 sollecitato l'emanazione dei provvedimenti da adottare ai sensi del citato articolo, onde definire i limiti e la portata dell'esercizio dei poteri amministrativi ivi previsti ed in particolare in materia di case popolari e malgrado che la Presidenza del Consiglio dei Ministri abbia rivolto analogo sollecito ai Ministeri competenti in data 7 marzo 1967, a tutto oggi tali provvedimenti non sono stati emanati. Al contrario, il Vice Commissario del Governo con propria circolare 10 gennaio 1967, n. 173, aveva reso noto a tutti i Comuni, agli uffici ed alle associazioni interessate che le domande per la concessione dei contributi per la riparazione e ricostruzione di fabbricati urbani di proprietà privata di qualsiasi natura e destinazione dovevano «essere presentate ai competenti uffici del Genio Civile». Di conseguenza, sia in considerazione del termine fissato dalla legge statale per la presentazione delle domande e sia per evitare agli interessati eventuali danni materiali in conseguenza della confusione denunciata, la Provincia autonoma si è dovuta astenere dal ricevere domande, cosicché l'ente autonomo, al quale per legge spetta l'esercizio dei poteri amministrativi in materia, a tutt'oggi non è a conoscenza né del numero delle

domande presentate, nè tantomeno dell'ammontare dei danni subiti nel settore in parola.

Da notare che l'art. 88/bis citato ha operato il passaggio delle potestà amministrative alla Provincia nella materia riguardante le opere di pronto soccorso per calamità pubbliche non soltanto relativamente alle funzioni contenute nella legge n. 1142 che si esauriscono nel tempo, ma anche relativamente a quelle generali e permanenti, regolate dal R.D.L. 9 dicembre 1926, n. 2389, convertito nella legge 15 marzo 1928, n. 833, e nel decreto legislativo 12 aprile 1948, n. 1010.

In tale situazione giuridica e sulla base delle suaccennate esperienze, la Giunta provinciale ha ritenuto indifferibile la predisposizione di norme atte a regolare autonomamente la materia anche al fine di garantire l'effettivo esercizio dei poteri amministrativi spettanti alla Provincia autonoma in caso di nuove calamità.

Una disciplina della materia si è resa necessaria, inoltre, per poter intervenire in casi di emergenza di limitate proporzioni, per i quali lo Stato non interviene con provvidenza ad hoc, come nel caso del movimento tellurico verificatosi nella primavera del 1967 nell'abitato di Laces, ove sono state danneggiate alcune abitazioni.

Le singole norme del disegno di legge non hanno bisogno di particolare commento, tanto più che esse ricalcano i principi fondamentali della legislazione statale in materia, in particolare della legge 9 aprile 1955, n. 279, e delle leggi emanate in occasione delle alluvioni del 1966.

L'art. 1 prevede così, le tre forme «tradizionali» di intervento: contributi per la riparazione e ricostruzione, costruzione di alloggi per i senza-tetto, nonché acquisto di alloggi.

L'art. 2 disciplina il finanziamento del fondo destinato agli interventi in oggetto, cosicché in futuro la quota-parte degli stanziamenti disposti dallo Stato ed assegnati alla Provincia autonoma affluirà per legge al fondo stesso e sarà utilizzata a norma della legge provinciale.

L'art. 3 reca le norme di dettaglio sulla misura dei contributi per la riparazione o ricostruzione, fissandone i limiti massimi a seconda della consistenza degli alloggi danneggiati, mentre le formalità relative alla presentazione delle domande, alla concessione ed erogazione dei contributi sono disciplinate dall'art. 4.

L'art. 6 reca alcune limitazioni del diritto ai benefici previsti dal disegno di legge e l'art. 7, infine, dichiara le norme del disegno di legge applicabili all'abitato di Laces in riferimento ai danni subiti in seguito al movimento tellurico verificatosi nella primavera del 1967.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa competente.

KAPFINGER (S.V.P.): Die dritte Gesetzgebende Kommission ist am 19. Jänner 1968 zusammengetreten, um den Gesetzentwurf "Fonds für Notstandshilfen auf dem Gebiete des Volkswohnbaues" zu überprüfen.

Der zuständige Assessor hat an der Sitzung teilgenommen und den Zweck und Inhalt dieses Gesetzentwurfes erläutert.

Ausserdem hat er die Kommission über ein technisches Gutachten unterrichtet, das vom Staatsbauamt in Bozen über die durch Wassereinwirkung verursachte Bodensenkung, die 1967 im Zentrum der Gemeinde Latsch erfolgt ist, ausgearbeitet worden ist.

Um die finanzielle Lage der einzelnen Personen berücksichtigen zu können, hat die Kommission bei Art. 3 beantragt, nicht genau bestimmte, sondern veränderliche Prozentsätze anzuwenden, und zwar:

— a): "im Ausmaß von 50% zu 90% ...";

— b): "im Ausmaß von 40% zu 80% ...";

— c): "im Ausmaß von 30% zu 70% ...".

Nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Bauamtes von Bozen schlägt die Kommission vor, Art. 7 zu streichen, da sie der Meinung ist, dass man die 1967 in der Gemeinde von Latsch erfolgte Bodensenkung nicht in die Ereignisse einreihen kann, die im Art. 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes aufgezählt sind.

Die Kommission ist aber der Ansicht, dass die Besitzer von Häusern, die durch diese katastrophalen Ereignisse erheblich beschädigt worden sind, öffentliche Hilfe erhalten müssen.

Die Kommission hat den Gesetzentwurf mit diesen Abänderungen einstimmig angenommen.

La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 19 gennaio 1968 per l'esame del disegno di legge: «Fondo per interventi di emergenza nel settore dell'edilizia economica e popolare».

L'Assessore competente è intervenuto alla seduta, illustrando lo scopo ed il contenuto del disegno di legge.

L'Assessore ha, inoltre, edotto la Commissione sul parere tecnico, elaborato da parte dell'ufficio del Genio Civile di Bolzano in merito ai dissesti di carattere idro-geologico, verificatisi nell'anno 1967 nel centro abitato del Comune di Laces.

Per rendere possibile un adeguamento alle condizioni economiche degli interessati, la Commissione propone all'art. 3 l'applicazione di percentuali non fisse, ma variabili, cioè:

- lett. a): «nella misura dal 50 al 90 per cento...»;
 — lett. b): «nella misura dal 40 all'80 per cento...»;
 — lett. c): «nella misura dal 30 al 70 per cento...».

Preso conoscenza del parere del Genio Civile di Bolzano, la Commissione propone lo stralcio dell'art. 7, ritenendo di non potere comprendere i disestamenti, verificatisi nel Comune di Laces nel 1967, fra gli eventi precisati all'art. 1 del presente disegno di legge.

La Commissione è però dell'avviso che i proprietari di case che hanno subito notevoli danni da tali eventi disastrosi, debbano trovare aiuto pubblico.

La Commissione ha approvato all'unanimità il disegno di legge con le modifiche precisate.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità.

Art. 1

E' costituito il fondo per interventi di emergenza nel settore dell'edilizia economica e popolare. L'emergenza è determinata da eventi calamitosi, quali movimenti tellurici, alluvioni, frane, nubifragi, valanghe ed altre calamità naturali, esclusi gli incendi. Il fondo è destinato:

- a) alla concessione di contributi nella spesa per la riparazione o ricostruzione di fabbricati urbani, purché abbiano le caratteristiche di abitazioni economiche ai sensi dell'art. 49 del T.U. delle disposizioni sull'edilizia economica e popolare approvato con R.D. 28 aprile 1938, n. 1165, o popolari ai sensi dell'art. 1 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modificazioni;
- b) alla costruzione di case popolari a totale carico della Provincia da assegnarsi in locazione alle famiglie non abbienti e rimaste senza tetto;
- c) all'acquisto di case di abitazione che non abbiano le caratteristiche di abitazioni di lusso ai sensi del Decreto Ministeriale 4 dicembre 1961, da assegnare in locazione alle famiglie rimaste senza tetto. Gli acquisti sono effettuati a trattativa privata, sentito il parere della Commissione provinciale di cui all'art. 5 della legge provinciale 20 aprile 1963, n. 3.

La ricostruzione delle opere indicate nella lett.

a) del comma precedente, ove, per ragioni tecniche ne sia riconosciuta la necessità, può aver luogo in altra sede nell'ambito delle zone colpite, comunque nell'ambito della provincia di Bolzano.

I lavori da eseguirsi a norma della presente legge sono dichiarati di pubblica utilità, urgenti e indifferibili a tutti gli effetti di legge.

Chi chiede la parola sull'art. 1? Nessuno. Metto in votazione l'art. 1: approvato all'unanimità.

Art. 2

Affluiranno al fondo di cui all'art. 1 la quota parte degli stanziamenti a tal fine disposti dallo Stato ed assegnati alla Provincia e le somme che per le finalità della presente legge saranno stanziante nel bilancio provinciale, anche in base a provvedimenti adottati ai sensi dell'art. 48, n. 7, della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5.

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 2: approvato a maggioranza con una astensione.

Art. 3

I contributi per la riparazione o ricostruzione dei fabbricati urbani di cui all'art. 1 sono concessi sull'ammontare della spesa effettivamente occorrente:

- a) nella misura dal 50 al 90 per cento ed entro un limite massimo di lire 5 milioni, quando si tratti di alloggi la cui consistenza, prima del sinistro, era di non più di 3 vani ed accessori;
- b) nella misura dal 40 all'80 per cento ed entro un limite massimo di lire 6 milioni, quando si tratti di alloggi la cui consistenza, prima del sinistro, era di non più di 5 vani ed accessori;
- c) nella misura dal 30 al 70 per cento ed entro un limite massimo di lire 7 milioni negli altri casi.

L'ammontare dei contributi di cui al comma precedente non può superare la somma di lire 7 milioni per ciascun proprietario o titolare di diritto reale all'abitazione.

I limiti indicati nei precedenti commi non si applicano per la riparazione o ricostruzione degli alloggi di proprietà degli enti pubblici operanti nel settore dell'edilizia economica e popolare e degli edifici privati di interesse storico, artistico e monumentale.

Per i fabbricati di proprietà delle cooperative edilizie si applica soltanto il limite di lire 7 milioni per ogni unità immobiliare.

Nel caso che dall'Assessorato competente sia riconosciuto indispensabile lo spostamento di ubicazione di edifici da ricostruire sarà ammessa a contributo l'eventuale spesa per l'acquisto del suolo edificatorio, da reperire nelle zone destinate all'edilizia economica e popolare. In mancanza, il terreno occorrente può essere acquistato ai sensi della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14, e successive modificazioni.

Chi chiede la parola sull'art. 3? Nessuno. Metto in votazione l'art. 3: approvato a maggioranza con una astensione.

Art. 4

Il termine per la presentazione delle domande per la concessione dei contributi di cui all'art. 3 da presentarsi all'Assessorato provinciale competente per l'edilizia popolare è stabilito per ogni evento calamitoso con Decreto del Presidente della Giunta provinciale.

Le domande di cui al comma precedente dovranno essere corredate da una dichiarazione, vistata dall'Ufficio del catasto, sulla consistenza numerica e destinazione, prima dell'evento, dei vani dell'immobile distrutto, danneggiato o da trasferire, nonché dal computo metrico-estimativo dei lavori.

I contributi sono concessi su proposta dell'Assessore per l'edilizia popolare e previa deliberazione della Giunta provinciale, con Decreto del Presidente della Giunta provinciale, il quale può corrispondere ai proprietari che ne facciano richiesta — e previo accertamento da parte dell'Assessorato competente della natura ed entità del danno subito dall'immobile — anticipazioni sulla somma presumibilmente dovuta per contributo, in misura pari al 50 per cento del contributo stesso; la rimanente parte viene erogata secondo gli stati di avanzamento.

Ai fini della commisurazione del contributo, la spesa per la ricostruzione o riparazione di fabbricati distrutti, danneggiati o trasferiti, viene determinata secondo i prezzi vigenti al momento dell'approvazione del computo metrico-estimativo dei lavori.

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 4: approvato all'unanimità.

Art. 5

I benefici di cui alla presente legge sono concessi in aggiunta alle agevolazioni tributarie previste dalle leggi vigenti in materia, ma non sono cumulabili con altro beneficio statale o provinciale.

Qualora parte dell'edificio danneggiato o distrutto fosse stato adibito all'esercizio di attività economiche da parte di piccoli imprenditori ai sensi dell'art. 2083 del C.C. e risultasse in proprietà a persona diversa da quella esercente le attività stesse, si applicano le provvidenze contemplate dalla presente legge per il ripristino dell'edificio, o di parte di esso, nei confronti del proprietario.

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 5: approvato all'unanimità.

Art. 6

Sono esclusi dai benefici di cui alla lett. a) dell'art. 1:

a) i proprietari di edifici sinistrati costruiti in con-

trasto con le norme, le prescrizioni e le modalità esecutive di cui all'art. 26 della legge provinciale 10 luglio 1960, n. 8;

b) chi si trovi nelle condizioni previste dall'art. 30 del T.U. delle disposizioni sull'edilizia economica e popolare approvato con R.D. 28 aprile 1938, n. 1165, modificato dall'art. 4 della legge 1 marzo 1952, n. 113;

c) chi sia proprietario od abbia il diritto di usufruttuario, uso od abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia in località agevolmente raggiungibile dal posto di lavoro ovvero risulti proprietario, usufruttuario od usuario in qualsiasi località di alloggio che consenta un reddito annuo superiore a lire duecentomila.

Chi chiede la parola sull'art. 6? Nessuno. Metto in votazione l'art. 6: approvato a maggioranza con un voto contrario.

È stato presentato un emendamento dalla Giunta, firmato Benedikter e Dalsass, tendente a riproporre l'art. 7 con il seguente nuovo testo:

Art. 7

Le disposizioni della presente legge si applicano anche ai casi verificatisi a partire dall'agosto 1966 e che non hanno comunque beneficiato delle provvidenze previste dalle leggi statali 23 dicembre 1966, n. 1141 e n. 1142, nei limiti dell'apposito stanziamento di bilancio ai sensi dell'art. 2 della presente legge.

Chi chiede la parola? Consigliere Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Mi pare che questo emendamento si riferisca all'art. 7 che la Commissione ha stralciato, cioè particolarmente alla questione di Laces. Qui, Assessore, bisogna stare con le orecchie dritte, perché la Commissione ha stralciato l'art. 7. E' bene parlarci chiaro, perché dietro una cortina di leggi, di articoli, di richiami e di controrichiami si vuol far entrare dalla finestra quello che abbiamo cacciato dalla porta. L'art. 7 del testo originario diceva: «Costituisce evento calamitoso ai sensi della presente legge il movimento tellurico verificatosi nel 1967 nell'abitato di Laces». Lei, Assessore, — Le dò atto — ha portato in Commissione una documentazione tale per cui la Commissione è stata costretta a stralciare questo articolo, perché il movimento tellurico verificatosi nel 1967 nell'abitato di Laces non è stato un movimento tellurico, ma un movimento determinato da trivellazioni, da perforazioni fatte da una «Genossenschaft» di Laces stessa, di cui non mi ricordo il nome. Se movimento tellurico c'è stato, questo movimento tellurico non è stato de-

richtes des Staatsbauamtes gekommen war. Diese Behauptung wird also fallen gelassen. Wenn das Ereignis in Latsch doch als eine Naturkatastrophe angesehen werden kann und daher dieses Gesetz Anwendung finden könnte, so soll dem auch stattgegeben werden. Wird dieser Artikel so angenommen, dann hängt alles Weitere vom Landesausschuss ab. Der Landesausschuss trägt auch die Verantwortung, die verwaltungsmässige Verantwortung dafür, ob das Gesetz in diesem Falle anwendbar ist oder nicht. Ich kann mir vorstellen, dass man Latsch vielleicht noch einmal offiziell untersuchen lassen könnte, um festzustellen, ob das überwiegend als Naturkatastrophe angesehen werden kann oder nicht. Ich sage überwiegend, denn auch der Bericht des Ing. Stacul lässt diese Frage offen. Der neue Art. 7 ist so gefasst, dass die Ortschaften, die durch Überschwemmungen geschädigt worden sind, berücksichtigt werden können und eventuell auch Latsch berücksichtigt werden kann. Das Ereignis in Latsch hat nicht nur Bauten betroffen, wo eine bestimmte Familie Eigentümerin einer Wohnung ist und diese daher reparieren will, sondern zum grössten Teil andere Dinge, die nicht unter dieses Gesetz fallen können. Dieses Gesetz ist somit — selbst wenn es angewendet würde — nicht das Allheilmittel für Latsch. Mit diesem Gesetz werden nur Besitzer von Wohnungen berücksichtigt, die ihre Wohnung reparieren wollen. Daher wäre ich der Ansicht, dass diese rückwirkende Anwendbarkeit ohne weiteres genehmigt werden kann, ohne dass damit der Landtag erklärt, dass das Ereignis in Latsch eine Naturkatastrophe gewesen ist. Man überlässt es der Verantwortung des Landesausschusses, eventuell eine weitere Überprüfung vorzunehmen und das Gesetz anzuwenden.

AGOSTINI (Segretario - P.L.I.): Volevo dire all'Assessore Benedikter che non ha letto tutta la relazione del Genio Civile; e sarebbe stato interessante conoscerla completamente, come è stato chiesto dal consigliere Gouthier. Lei si è limitato, non conoscendo la parte tecnica, a rileggere solamente le parti che riguardano piuttosto le competenze più che le questioni tecniche che sono state esaminate dal Genio Civile.

Tuttavia vorrei fare alcune domande: senza i lavori eseguiti dalla cooperativa il sinistro sarebbe avvenuto ugualmente? Il terreno è franoso come tale? Il geologo cosa dice in merito? In passato sono avvenuti eventi analoghi nella zona? Queste sono domande alle quali doveva essere data risposta prima, non ora o dopo, perché dopo è troppo tardi.

GOUTHIER (P.C.I.): Mi spiace che non sia presente l'Assessore Dalsass, perché egli molte volte si rivela abile a girare le carte in tavola, che poi è un'abilità che lascia il tempo che trova. Egli rileva una certa contraddizione tra quanto ho detto adesso e quanto ho detto in Commissione; ma io non escludo che si debba dare denaro pubblico ai danneggiati, però i danneggiati devono dimostrare di fare tutto il possibile per ottenere il risarcimento del danno. E' assurdo che noi diamo denaro pubblico a chi non vuole far valere i propri diritti, se ne ha. Non c'è nessuna contraddizione, Assessore Dalsass, tra quanto è detto nel verbale della Commissione e quanto sostengo io. Non sono alieno dal dare denaro pubblico ai danneggiati; i danneggiati però devono esercitare i loro diritti. Possiamo anticipare i soldi per la causa, però devono provare a fare la causa, devono vedere se hanno diritto o no. Gli Assessori di lingua italiana vengono a chiedere di che cosa parlo: si sta parlando di Laces, Assessore Sfondrini. Gli altri casi facciamoli pure passare, ma questo articolo riguarda Laces. Non facciamo i tonti. Ci saranno altri casi, però la tenacia con la quale l'Assessore ha difeso l'esigenza di una certa linea per Laces è evidente, è lampante. E' stato inserito nel disegno di legge ed in Commissione si è discusso in un modo o nell'altro di far passare il caso di Laces. Perché dire adesso che Laces non c'entra? Come si è comportata la Giunta in questo caso? Male! L'Assessore è venuto in Commissione finanze ed ha portato un parere ufficiale del Genio Civile, che allo stato delle cose, Assessore, è la unica cosa che conta. La Giunta mi può presentare cento, duecento pareri, ma non ci credo. Se la Giunta ha un obiettivo che vuol raggiungere e questo obiettivo è di dare qualcosa a Laces, la Giunta mi può presentare un parere al giorno che dimostra che il movimento tellurico è tale, che la trivellazione non c'entra e che il terreno è franoso ecc. Come faccio a credere all'ing. Stacul quando probabilmente l'Assessore Dalsass gli avrà detto che deve arrivare a certe conclusioni?

DALSASS (Assessore ai lavori pubblici - S.V. P.): (Interrompe - interrompe).

GOUTHIER (P.C.I.): Ma è questa ancora una contraddizione. Perché quando la Commissione ha esaminato il problema non aveva questa perizia? Lo dovete dire voi, non noi, signori della Giunta! Se venite in Commissione con una documentazione parziale e poi in Consiglio dite che c'è anche dell'altro, è colpa nostra questo? Io posso al limite dubitare che la data del 19 dicembre sia una data veritiera. Mi dispiace dirlo, ma posso non credere.

Chi mi assicura che l'ing. Stacul è andato il 19 dicembre a fare la perizia?

DALSASS (Assessore ai lavori pubblici - S.V. P.): (Interrompe - unterbricht).

GOUTHIER (P.C.I.): Ma, Assessore Dalsass, scherziamo! Quindi il problema rimane quello di un'azione coerente da parte della Giunta. L'Assessore Benedikter è venuto in Commissione con il parere del Genio Civile; la Commissione si è regolata in base a questo parere. Mi sembra strano che l'Assessore Benedikter, il giorno in cui si è riunita la Commissione, non sapesse che l'Assessorato ai lavori pubblici aveva un altro parere. La figuraccia non la fa la Commissione, ma gli Assessori, i quali o ci dicono cose non vere oppure lavorano in modo tale per cui su una stessa questione, l'Assessorato Benedikter va da una parte e l'Assessorato Dalsass va dall'altra. Questa è l'alternativa: o dite cose non vere o lavorate in modo pessimo, disorganico.

AGOSTINI (Segretario - P.L.I.): A compartimenti stagni!

GOUTHIER (P.C.I.): Lavorate a caso. Scegliete voi la soluzione che più vi piace: se quella di raccontare frottole oppure quella di lavorare a caso. Altre alternative non ci sono.

Assessore Benedikter, è chiaro che Lei ha un obiettivo e che da un punto di vista amministrativo lo può raggiungere. Preferisco la sincerità del disegno di legge che mi dice che è considerato movimento tellurico quello di Laces — una sincerità che può essere anche ingenua —, alla via traversa che mi permette domani in via puramente amministrativa, sulla base di una serie di perizie più o meno veritiere, di raggiungere lo stesso risultato. Preferisco la sincerità piuttosto che le vie macchinose, perchè un domani voi in via amministrativa vi fate la bella perizia da parte della Provincia, dell'ing. Stacul o di chi altri, e poi venite a dire che i vostri tecnici hanno detto così e così. Ma noi sappiamo che i tecnici dicono tante cose, ed il tecnico in particolare dice quello che vuole l'Assessore quando l'Assessore glielo fa capire. Non siamo nati ieri! Ragion per cui il problema rimane in tutto il suo valore ed in particolare nella relazione del Genio Civile. Il Genio Civile dice che la causa è dovuta all'uomo; l'ha detto anche Lei. Allora finché non c'è qualcosa di diverso che abbia lo stesso valore della relazione del Genio Civile, io credo a quest'ultimo. Alle altre questioni non ci credo. Portate una relazione del Genio Civile che dice che si sono sbagliati, che non è vero che la causa sia

la trivellazione, allora noi cambieremo opinione; ma finché esiste una documentazione di quel tipo io credo a quella documentazione. Allora, Assessore Benedikter, sarebbe bene che tutta questa questione la mettesse da parte. Lei ha fretta, lo capisco, ma faccia le cose per bene. Lei metta pure l'articolo ma aggiungiamo che Laces non c'entra oppure faccia una dichiarazione verbale. La questione di Laces ritornerà in Consiglio sulla base di una documentazione del Genio Civile. Quindi, ci porti una documentazione del Genio Civile diversa da quella originaria che dica che le cause sono delle altre; allora noi esamineremo il caso di Laces. Altrimenti, perché dobbiamo dare soldi ed avvantaggiare dei responsabili di una situazione? Dobbiamo favorire proprio chi è responsabile? Mi sembra che sia una cosa assurda.

SFONDRINI (P.S.U.): Prendo la parola, perché faccio parte della Commissione e della Giunta. Volevo far rilevare al consigliere Gouthier, che mi ha chiamato in causa direttamente, che non si tratta di essere tonti più o meno, ma fargli rilevare un fatto, cosa che in qualità di avvocato avrebbe dovuto rilevare da solo, senza che sia io a farglielo notare. Una cosa è inserire un articolo come l'art. 7 di prima edizione in cui, attraverso l'articolo di legge si riconosce che il fatto che è accaduto a Laces costituisce un evento calamitoso; un'altra cosa è fare un articolo generico. Questo articolo è nato in seguito ad una richiesta fatta da parte dell'Assessore Benedikter, il quale a sua volta ha detto che gli era stato richiesto di inserire questo articolo per venire incontro ad alcuni casi che sono rimasti esclusi in seguito alle alluvioni del 1966. Quindi, non possiamo non inserire un articolo di questo genere per il timore che poi esso venga applicato anche a Laces. Sarebbe veramente assurdo il non prendere in considerazione alcuni casi che sono rimasti esclusi e che non hanno beneficiato delle provvidenze previste dalle leggi statali, per il timore che poi si faccia rientrare in questo articolo anche il caso di Laces. Quindi, le posizioni sono chiare, nette e distinte: un conto è inserire un articolo in cui si riconosce fin da questo momento che l'evento calamitoso avvenuto a Laces viene considerato un movimento tellurico per cui esso rientra nella legge; un altro conto, invece, è creare un articolo generico — questa è stata la spiegazione data dall'Assessore Benedikter — per venire incontro a determinati fatti calamitosi che non hanno beneficiato delle leggi statali n. 1141 e n. 1142.

GOUTHIER (P.C.I.): Ma ha sentito cosa ha detto l'Assessore prima?!

SFONDRINI (P.S.U.): E' evidente che fino a questo momento ciò che rimane valido per noi è la relazione del Genio Civile. Infatti, a seguito di questa relazione la Commissione ha ritenuto opportuno stralciare l'art. 7. Quindi, finchè non ci saranno relazioni valide oppure modifiche o ripensamenti o revisioni circa quella che è stata la relazione del Genio Civile, per noi il fatto di Laces non rientra nella legge. Questo sia ben chiaro. Questo è stato detto anche in Giunta, non solo in Commissione. Quindi, la Commissione ha operato responsabilmente dopo che l'Assessore Benedikter ha letto la relazione del Genio Civile quando ha pensato di stralciare questo articolo. Non è un sotterfugio e non è essere stolti, consigliere Gouthier, quando, di fronte a delle richieste che vengono e dal Genio Civile e dal Commissario del Governo, di tenere conto cioè di alcune situazioni, si fa un articolo generico. Il fatto poi di prendere in esame successivamente, qualora emergano elementi validi e nuovi, che il fatto verificatosi a Laces rientra nella legge, è un'altra cosa. Perciò non deve fare il processo alle intenzioni.

GOUTHIER (P.C.I.): Ma l'Assessore ha già assentito.

SFONDRINI (P.S.U.): A me basta questo, cioè che fino a questo momento noi riteniamo valida la relazione del Genio Civile. Le altre relazioni non le riconosciamo.

GOUTHIER (P.C.I.): E quella di Dalsass?! Cosa ha detto Dalsass?!

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus dieser ganzen Diskussion sind, nach meiner Ansicht, zwei Dinge hervorzuheben. Erstens die Worte, die auch vom Kollegen Sfondrini ausgesprochen worden sind. Die Kommission, die schliesslich eine wesentliche Aufgabe hat, hat es für zweckmässig erachtet - wobei sie den Grundsatz der Hilfe betont hat - diesen Artikel 7 zu streichen. Wenn die Kommission eine Aufgabe hat — und sie hat eine wesentliche Aufgabe —, muss das doch respektiert werden, d.h. ein Minimum an Korrektheit erfordert, dass die Kommission neuerdings mit der Überprüfung dieser Frage beauftragt würde, umso mehr als ich höre, dass man ihr ein Gutachten vorenthalten hat, das angeblich im Dezember abgefasst worden ist. Warum spielt man mit der Kommission mit falschen Karten? Wenn die Kommission da ist, um diese Dinge zu prüfen, muss man ihr auch alle Elemente geben, die dazu notwendig sind. Man kann

doch nicht einfach die Kommission überraschen, indem man ihr sagt, schön, ihr habt das ausgeklammert, aber ihr habt nicht alles gewusst. Hier in der Sitzung stellt man die Kommission bloss. Man erzwingt von ihr eine Entscheidung, die sie anders getroffen hat. Jetzt sagt man, dieser Art. 7 passt nicht für Latsch. Die Herren Assessoren Dalsass und Benedikter haben bei Art. 7 nur von Latsch gesprochen. Man hat sogar ein Gutachten angefordert, das angeblich im Gegensatz zu dem Bericht des «Genio Civile» steht. Das ist wirklich nicht seriös, vor allem nicht den Kommissionsmitgliedern gegenüber, zu denen ich gar nicht gehöre.

Im Art. 1 des Statutes steht, dass der Notstand bei Naturkatastrophen, Erdbewegungen, Überschwemmungen, Erdbeben, u.s.w. eintritt. Lassen wir das doch gelten. Wenn das in Latsch eine Erdbewegung ist, dann können wir diesen Fall auf Grund des Art. 1 des Statutes erledigen. Wofür bedarf es dann des Art. 7? Der Art. 7 ist eventuell nur erforderlich, um den Latscher-Ereignissen das richtige "Gwandl" anzuziehen. Das ist die Wahrheit. Zu einem anderen Zweck ist er nicht vorgesehen, denn wenn das so wäre und dem entspricht, dann muss das ja ohne den Artikel 7 gehen, ansonst machen wir etwas, was wir nicht machen dürfen: Wir übergehen den "Genio Civile" und entscheiden als Landtag, dass dieses Ereignis in Latsch unter die "Katastrophen" fällt. Es hat gar keinen Sinn, mir da Geschichten zu erzählen. Der Art. 1 des Statutes ist für alle Fälle zuständig, wo solche Naturkatastrophen vorkommen und in diesem Fall braucht es keinen Zusatzartikel. Aus Respekt für die demokratische Institution wünsche und fordere ich im Namen der Sozialen Fortschrittspartei, dass dieser Gesetzentwurf noch einmal an die Kommission rückverwiesen wird und die Kommission — in der alle politischen Richtungen vertreten sind — soll dann auf Grund der neuen Sachlage diese Dinge beurteilen. Es ist notwendig, dass man hierin korrekt vorgeht. Es wird hier neuerdings ein Artikel vorgeschlagen, der nichts anderes ist als die Wiederholung des Art. 7, der von der Kommission abgelehnt worden ist; so kann man doch mit den Kommissionen nicht umgehen!

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Man könnte nun dieses Problem wirklich mit dem Motto "Viel Lärm um nichts" bezeichnen. Ich habe der Kommission den Bericht des Staatsbauamtes unterbreitet. Es ist ein offizieller Bericht und ich bin vollkommen mit dem einverstanden, was Kollege Gouthier gesagt hat, u.zw. solange nicht ein gleichwer-

tiges Dokument da ist, das diesen — ich erachte den Bericht des Ing. Stacul nicht als gleichwertig — Bericht des Staatsbauamtes entkräftet, der Landesausschuss das Gesetz auf Latsch nicht anwenden kann. Das ist mein Standpunkt. Ich habe den offiziellen Bericht des Staatsbauamtes der Kommission unterbreitet. Die Kommission ist zu diesem Schluss gelangt und hätte nach meiner Ansicht gar nicht anders tun können. Der zuständige Assessor hat die Kommission von offiziellen Berichten und Dokumenten benachrichtigt. Was wir jetzt vorschlagen, ist nicht Latsch, denn wenn wir Latsch vorschlagen würden, dann müssten wir den alten Text wiederholen, wonach das Ereignis in Latsch eine Naturkatastrophe ist, sondern erstens hat es einen anderen unmittelbaren Anlass und zweitens könnte Latsch unter diesen Artikel fallen, wenn der Fall einwandfrei als Naturkatastrophe aufscheint. In diesem Falle müsste der Bericht des Staatsbauamtes durch ein anderes gleichwertiges Dokument ersetzt werden. Ich habe vom Bericht des Staatsbauamtes nur die Stellen gelesen, Herr Abgeordneter Agostini, die Argumente gegen den ursprünglichen Artikel enthalten. Ich hatte angenommen, dass das interessieren würde.

Herr Abgeordneter Jenny hat weit über das Ziel hinausgeschossen: er sagt, man würde keinen Artikel 7 brauchen, denn wenn wir die Ereignisse in Latsch als eine Naturkatastrophe erachten, sei Art. 1 des Statuts zuständig. Das Ereignis in Latsch hat sich Mai-Juni 1967 zugetragen. Das genannte Gesetz ist nicht rückwirkend und tritt erst in anderthalb Monaten in Kraft und gilt nur für die Naturkatastrophen, die ab diesem Datum erfolgt sind. Wenn man z.B. die Überschwemmungsschäden, die sich im August 1966 und noch später ereignet haben, berücksichtigen will, muss eine Übergangsregelung geschaffen werden, die bis zu einem gewissen Punkt das Gesetz rückwirkend anwenden lässt. Dieser Artikel ist also notwendig. Die Kommission wird sich nicht berufen fühlen, für die autonome Provinz festzulegen, dass das Ereignis in Latsch eine Naturkatastrophe ist. Das müssen wir dem zuständigen technischen Organ überlassen. Mein Kollege Dalsass wollte dem Entschluss der Kommission, der als endgültig klingt, entgegensetzen, dass es auch andere fachliche Ansichten gibt und daher die Sache zumindest zweifelhaft sein kann und somit noch einer genaueren Überprüfung bedarf. Das kann ohne weiteres zur Kenntnis genommen werden, umso mehr als auch die Kommission der Ansicht ist, dass man diesen Leuten mit öffentlichen Geldern helfen soll. Andere derartige Fälle, bei denen eine Rückwir-

kung des Gesetzes zugelassen wird, werden genauso behandelt.

RAFFEINER (T.H.P.): Ich habe den Eindruck, dass hier eine gewisse Verwirrung besteht. Die allgemeine Norm des Gesetzes ist im Art. 1 enthalten, wo bestimmt wird, dass im Falle von Naturkatastrophen den Geschädigten eine Hilfe gewährt werden kann. Diese Bestimmung ist eine reine Gesetzesbestimmung und ist daher vom Gesetzgeber, in diesem Falle vom Landtag, zu beschliessen. Die Frage, ob nun Latsch darunter fällt oder nicht, steht nicht dem Landtag zu entscheiden. Die Kommission hat sich weder mit dem Gutachten des Staatsbauamtes zu befassen gehabt noch mit dem Gutachten des Ing. Stacul, sondern damit, ob das Gesetz als solches rechtlich begründet ist oder nicht. Die Verwaltungsbehörde, und in unserem Falle der Landesausschuss, hat zu entscheiden, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind, damit auch Latsch darunterfällt, oder nicht. Der Herr Assessor Benedikter sagte vorhin, dass der neu formulierte Artikel 7 nur den Zweck hat, auch jenen Geschädigten zu Hilfe zu kommen, bei denen sich die Naturkatastrophe oder das Unglück vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ereignet hat. Wenn ich das Gesetz durchlese, habe ich den Eindruck, dass dies auch ohne den Art. 7 hervorgeht, weil im Art. 1 nicht von Naturkatastrophen, Erdbewegungen, Überschwemmungen, u.s.w. die Rede ist, die sich erst nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ereignen, sondern ganz allgemein. Es scheint jedoch, dass Herr Assessor Benedikter und vielleicht auch andere darüber zweifeln. Ich würde diesen Zweifel nicht hegen. Ich lege das Gesetz so aus. Wenn dieser Zweifel schon besteht, warum beheben wir ihn nicht, indem wir eine Schlussbestimmung ausarbeiten?

AGOSTINI (Segretario - P.L.I.): Prendo la parola per contraddire il consigliere Raffener quando dice che la Commissione non poteva occuparsi dell'art. 7 in relazione alle indagini effettuate in particolare dal Genio Civile; che doveva occuparsi cioè solo degli effetti giuridici — se ho ben capito — della parte puramente tecnica dell'art. 7. Lo trovo strano collega Raffener, che lei dica questo, inquanto la Commissione doveva occuparsi proprio anche degli altri particolari previsti dall'art. 7, poichè l'art. 7 parla esclusivamente del caso di Laces. E' chiaro che la Commissione, prima di passare all'esame ed alla eventuale approvazione dell'art. 7, doveva esaminare anche tutti i precedenti, ivi compresa in particolare la relazione del Genio Civile.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Zu den Ausführungen des L.Abg. Raffener möchte ich kurz Stellung nehmen. Jedes Gesetz ist, laut Auslegung der allgemeinen Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches, erst ab Inkrafttreten des Gesetzes selbst anwendbar. Wir haben daher den Art. 7 vorgesehen, so dass z.B. die Naturkatastrophen, die sich vor Inkrafttreten des Gesetzes ereignet haben, berücksichtigt werden können. Doch ebensogut wie die Überschwemmungsschäden vom Jahre 1966 könnten dann auch die Lawinenschäden vom Jahre 1951-1952 in Frage kommen, und das liegt wohl nicht im Sinne des Gesetzgebers; denn wenn auch die Vergangenheit mitberücksichtigt werden kann, dann ist für die Anwendung keine zeitliche Grenze gesetzt und alles gilt sowohl für die Zukunft als auch für die Vergangenheit in gleicher Weise. Das Gesetz müsste auf jeden Fall eine zeitliche Grenze vorsehen, selbst wenn es sich rückwirkend auswirkt. Um diese Grenze zu setzen, müssen wir eine Bestimmung wie den gegenständlichen Art. 7 vorsehen.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich wäre der Ansicht, dass wir nun über diesen Artikel reichlich genug diskutiert und debattiert haben. In der Art, wie dieses Problem gestellt wurde, konnte nach meiner Ansicht nicht sehr viel Gutes herauskommen. Ich erlaube mir, nun einen Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, in welcher dieser Gesetzentwurf behandelt worden ist, vorzulesen. Daraus ergibt sich, dass dieser Abänderungsvorschlag des Herrn Assessors genau im Sinne dieses Protokolls war. Wie es zu diesen Missverständnissen kommen konnte, kann ich nicht begreifen. *"Circa l'art. 7 sorgono delle perplessità di natura giuridica. Pertanto i consiglieri Gouthier e Sfondrini fanno la proposta di stralciare l'articolo, proposta che viene accolta all'unanimità di voti. Lo Assessore s'impegna di studiare una norma che dia la possibilità di aiutare le persone danneggiate a causa dei dissesti di carattere idrogeologico verificatisi nell'anno 1967 nel centro abitato del Comune di Laces"*.

DALSASS (Assessor für öffentliche Arbeiten - S.V.P.): Vielleicht ist es doch gut, wenn ich ganz kurz einige Präzisierungen mache. Ich erachte es für notwendig und bin immer noch derselben Auffassung, hier zu erklären, dass man nicht unbedingt jetzt schon sagen kann, dass das Ereignis in Latsch keine Naturkatastrophe sei. Im Bericht der Kommission wird klipp und klar gesagt, dass Latsch sozusagen auszuschliessen wäre. Mir kommt vor, dass man dieser Behauptung entgegenzutreten

muss, da man widrigenfalls, selbst wenn es eine Naturkatastrophe wäre, im Falle Latsch nichts mehr unternehmen könnte. Wie gesagt, ist der Artikel nicht nur für Latsch formuliert, Latsch kann hineinfallen, muss jedoch nicht hineinfallen. Wir werden selbstverständlich, bevor wir eine derartige Verantwortung auf uns nehmen, die notwendigen Dokumente von seiten der zuständigen Ämter einholen.

Ich habe der Kommission nicht leichtsinnige Amtswaltung vorgeworfen, wie Kollege Kapfinger behauptete, sondern ich habe nur dem Kollegen Gouthier in scharfer Art und Weise geantwortet.

Der Kollege Jenny hat mir vorgeworfen, dass ich der Kommission bewusst Dokumente vorenthalten hätte, die ich ihr hätte geben müssen. Weiters, dass ich gegen die elementarsten Regeln der Demokratie verstossen hätte, u.s.w. Mitte Dezember wurde ich aus Latsch angerufen und es wurde mir mitgeteilt, dass dort wieder Bodensenkungen aufgetreten seien, weshalb ich doch so freundlich sein sollte, etwas zu unternehmen. Ich sollte jemanden hinaufschicken, um festzustellen, auf welche Ursachen diese Bodensenkungen zurückzuführen sind. Ich habe die Sache dem Landesausschuss unterbreitet. Der Landesausschuss hat ein Gutachten des Geologen Dr. Stacul eingeholt. Wir glaubten, dass in diesem Falle ein Geologe am rechten Platz wäre. Dieses Gutachten ist vom 17. Dezember 1967. Wenn ich das Gutachten der Kommission nicht unterbreitet habe, so muss ich schon sagen, dass ich nicht wusste, dass die Kommission dieses Gutachten haben wollte. Ich hatte dem Landesausschuss alles klipp und klar unterbreitet. Ich bin nicht der zuständige Assessor und somit bin ich auch nicht über die Sitzung der Kommission informiert worden. Ich konnte eigentlich nichts tun. Heute habe ich es für zweckmässig erachtet, diesen Bericht vorzulesen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 7? Nessuno. Allora metto in votazione l'art. 7: approvato a maggioranza con tre voti contrari e quattro astensioni.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Consigliere Jenny.

JENNY (S.F.P.): Der Präsident der Kommission, Herr Dr. Kapfinger, hat etwas sehr Richtiges gesagt, u.zw. wenn man dies so gemacht hätte, so wäre an und für sich der Fall Latsch gar nicht zur Diskussion gekommen. Wer hat der Kommission Nachlässigkeiten vorgeworfen? Herr Assessor Dalsass. Wenn man diesen Art. 7 eingesetzt hätte, ohne diese Geschichte zu erwähnen, dann wäre

die Sache erledigt gewesen. Man hätte dann von vornherein die Entscheidung über Latsch den zuständigen technischen Ämtern überlassen. In dem Moment aber, wo der Assessor anhand eines sogenannten Privatgutachtens den Art. 7 gewissermassen vertritt, ist es offenbar und selbstverständlich, dass es zu einer Verwirrung kommt und dass man den Eindruck hat, dass Latsch unter diesem Art. 7 sozusagen weitermarschiert. Das wollte ich nur zur Präzisierung sagen. Klar ist mir die Angelegenheit jedoch immer noch nicht. Ich hoffe, dass in der weiteren Behandlung die Techniker die diesbezüglichen letzten Entscheidungen treffen werden. Wenn hier Konfusion und Unklarheit hineingekommen sind, so sind sie bestimmt nur von einer Seite herbeigeführt worden.

GOUTHIER (P.C.I.): Comprendo le difficoltà dell'Assessore Benedikter, perché evidentemente in Giunta non si è trovato d'accordo con il collega Dalsass. Le posizioni sono diverse e Lei ha sostenuto una tesi per metà giusta, quando ha detto che finché c'era il parere del Genio Civile non si poteva dare nulla, però questo parere può essere modificato. Lei doveva fare un passo avanti per tranquillizzarci, cioè doveva dire: «Comunico ai membri della Commissione, che il Genio Civile ha rivisto le sue tesi, che la situazione è stata modificata e che quindi noi possiamo stanziare in base a questa revisione da parte del Genio Civile». Questa è l'unica garanzia che noi possiamo avere, perché se noi come membri della Commissione o membri del Consiglio non sappiamo nulla, Lei ci può dire che in data x y ha avuto un tal parere e che quindi la situazione è cambiata. Allora noi cosa possiamo dire? Niente. Cosa possiamo controllare? Niente! In base alla perizia di un geologo, non vorrei dire di uno Stacul qualsiasi, ma di un perito della Provincia, scatta l'applicazione dell'art. 7. Vedo che Lei, Assessore, ha fatto dei passi avanti, però non fa il passo avanti conclusivo. Il sospetto che ho nell'azione della Giunta è dato dal fatto che la Giunta si presenta in modo differenziato. Lei crede al Genio Civile, mentre l'Assessore Dalsass dice che il Genio Civile vale quello che vale.

DALSASS (Assessore ai lavori pubblici - S.V.P.): Non si sa ancora.

GOUTHIER (P.C.I.): Come non si sa?! Si sa invece. Mettetevi d'accordo. Il fatto è però che noi del Consiglio le castagne dal fuoco non possiamo toglierle per voi; toglietevele da soli, informandome tuttavia il Consiglio. E' evidente che tutta questa storia non dà molto prestigio, molto lustro alla legge; è una storia di sottogoverno che denota

caprioline all'interno della Giunta. Quindi, il minimo che si può fare è quello di votare contro.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Ich wollte nur erklären, weshalb ich für diesen Gesetzentwurf stimme. Ich habe das Bewusstsein, dass hier von "sottogoverno" wirklich keine Rede sein kann, denn hätte man das "sottogoverno" anwenden wollen, dann hätte man den Bericht des Staatsbauamtes nicht in die Kommission bringen dürfen. 2. Die Verantwortung für eine gesetzesmässige Anwendung des Gesetzes trägt der Landesausschuss. Diese Verantwortung kann der Landtag dem Landesausschuss niemals nehmen. Sie wissen, dass diese Verantwortung auch strafrechtlich geahndet wird, falls der Landesausschuss ohne entsprechende Unterlagen das Gesetz auf Latsch anwenden sollte. Damit ist eigentlich alles gesagt. Der Landtag wird informiert. Es muss eine Haushaltsänderung kommen, wo Mittel für diesen Zweck vorgesehen werden sollen. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, zu erfahren, ob sich punkto Latsch eine Anwendbarkeit des Gesetzes ergeben hat oder nicht. Ich stimme dafür, weil ich das Gesetz als einwandfrei erachte.

AGOSTINI (Segretario - P.L.I.): Signor Presidente, signori colleghi, il voto deve essere sempre la conseguenza di una valutazione globale dell'intero disegno di legge e non una valutazione parziale di un punto o di un altro. Ritengo, specialmente in questo caso, che il voto debba essere la conseguenza di una valutazione globale. La legge è in sé e per sé giusta, attesa, buona. Quanto è avvenuto nella discussione effettuata sull'art. 7 non deve assolutamente coinvolgere l'intero disegno di legge. Pertanto non mi sento di votare contro la legge unicamente per questo motivo, però non posso nemmeno, per le riserve che sono state oggetto di una lunga discussione, votare a favore; pertanto mi asterrò dal voto.

KAPFINGER (S.V.P.): Eine persönliche Erklärung: Schon lange haben wir diese Lücke in unserer Gesetzgebung empfunden, d.h. in Katastrophenfällen über die nötigen Rechtsmittel zu verfügen, die dann auch dementsprechende finanzielle Hilfe ermöglichen. In diesem Sinne können wir nur sagen, dass es höchst an der Zeit war, dieses Gesetz einzubringen. Ich habe vorhin anhand des Sitzungsprotokolls der Kommission feststellen können, dass der vorgeschlagene Entwurf eines neuen Art. 7 nur im Sinne der Empfehlung, die uns der Herr Assessor Dr. Benedikter damals gegeben hat, erfolgt ist. In dieser Hinsicht ha-

ben wir alle, glaube ich, nichts auszusetzen. Diese leidige Übertretung, wenn ich es so nennen darf, die in einem spezifischen Fall abgerutscht ist, hat uns reichlich genug aufgehalten. Abschliessend möchte ich sagen, dass es mich freut, wenn hier ein Weg gefunden worden ist, damit im gegebenen Falle auch die Gemeinde Latsch berücksichtigt werden kann. Man hat uns eigens aufgerufen, um über den technischen Art. 7 ein Gutachten abzugeben. Dieser scheint nun nicht mehr auf. Deshalb finde ich keine Ursache, um nicht für das Gesetz als solches stimmen zu können.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? Nessuno. Allora metto in votazione l'intero disegno di legge.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheimabstimmung)

PRESIDENTE: Esito della votazione: votanti 19, 16 sì, 1 no e 2 schede bianche. La legge è approvata.

La seduta è tolta.

ORE 13.15 UHR